

Inhaltsverzeichnis

1. Bund der Steuerzahler	
2. Bundesverband mittelständische Wirtschaft	
3. Wirtschaftsbeirat Bayern	
4. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
5. Die Familienunternehmer - ASU	
6. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
7. Mises Institute	
8. European Resource Bank	
9. Wir Eigentümerunternehmer	
10. Stockholm Network	
11. Atlas Economic Research Foundation	
12. Heartland Institute	

Bund der Steuerzahler

Der 1949 gegründete **Bund der Steuerzahler Deutschland** e.V. (BdSt) ist ein Verein mit Sitz in Berlin, der als Vereinszweck Steuersenkungen, den Abbau von Bürokratie und Staatsverschuldung sowie eine sparsame Verwendung von Steuergeldern angibt. ^[1]

Der BdSt setzt sich für die Forderungen der Wirtschaft nach niedrigen Steuern, einem schlanken Staat ("Privat vor Staat"^[2]) sowie einer Beibehaltung der Schuldenbremse ein und beteiligt sich an entsprechenden Kampagnen der Wirtschaftsverbände.

Darüber hinaus gibt es Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen der Wirtschaft. Unter der Überschrift „So setzen wir uns für Unternehmer ein“ wird auf der Webseite des BdSt erläutert: „Wir vertreten die Interessen von Unternehmen und Betrieben in der Politik - mit guter Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen“^[3]

Zu den Aktivitäten gehören die Herausgabe der [Schuldenuhr Deutschlands](#), des jährlich erscheinenden [Schwarzbuchs](#) sowie die Benennung des jährlichen [Steuerzahlergedenktags](#).

Der Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Stefan Bach, hält den BdSt nicht für unabhängig:

"Tatsächlich repräsentiert er [der Bund der Steuerzahler] vor allem mittelständische Unternehmer, Freiberufler und Besserverdiener, die ihn über Beiträge und Spenden finanzieren. Lobbying und Kommunikation sind vor allem auf einen schlanken Staat und niedrige Steuern ausgerichtet. So fordert der Bund der Steuerzahler gerne und laut Steuersenkungen bei Einkommensteuer und Unternehmensteuern oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, was vor allem Wohlhabende entlasten würde. Missstände im Steuerrecht und in der Finanzverwaltung, etwa Steuervergünstigungen oder die verbreitete Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften, die in erster Linie wohlhabende Steuerzahler betreffen, werden dagegen nicht thematisiert. Auch die eigentlich richtige und wichtige Kritik der öffentlichen Verschwendung ist häufig an spektakulären Einzelfällen orientiert und wenig konstruktiv". ^[4]

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.



**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Rec eingetragener Verein
htsf
orm
Täti Lobbytätigkeit für Steuersenkung, Abbau
gkei von Bürokratie und Staatsverschuldung,
tsbe einfachere Steuergesetze, sparsame
reic Verwendung von Steuergeldern
h
Grü 1949
ndu
ngs
datu
m
Hau Berlin
ptsit
z
Lob
byb
üro
Lob
byb
üro
EU
Web www.steuerzahler.de
adre
sse

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	4
1.1 Öffentlichkeitsarbeit	4
1.2 Aktivitäten	4
1.3 Lobbytätigkeit hinter den Kulissen	5
2 Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen	6
2.1 Mittelstandsallianz	6
2.2 Europäischer Wirtschaftssenat	6
2.3 Wirtschaftsbeirat Bayern	6
2.4 Jaeger Euro Consult	6
2.5 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	7
3 Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen	7
3.1 Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer	7
3.2 Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse	7
3.3 Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags	7
4 Verbindungen zu neoliberalen Netzwerken	7
4.1 Hayek-Institut	7
4.2 Austrian Economics Center/Free Market Road Show/European Resource Bank	8
5 Organisationsstruktur und Personal	8
5.1 Mitgliederversammlung	8
5.2 Bundesvorstand	8
5.3 Bundesverwaltungsrat	9
6 Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik	9
6.1 Rolf von Hohenau	9
6.2 Rainer Brüderle	9
6.3 Ingo Friedrich	9
7 Tochtergesellschaften	10
7.1 Das Deutsche Steuerzahlerinstitut	10
7.2 Steuerzahler Service GmbH	10
8 Finanzen	11
9 Mitgliedschaften	11
9.1 Taxpayers Association of Europe	11
9.2 World Taxpayers Association	11
10 Zweifel an der Gemeinnützigkeit	12
11 Weiterführende Informationen	12
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
13 Einzelnachweise	13

Lobbystrategien und Einfluss

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bund der Steuerzahler macht seinen Einfluss insbesondere durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit geltend. So stellt er sich selbst als 'Finanzgewissen der Nation' ^[5] und Repräsentant des einfachen Steuerzahlers dar. Die Kernforderungen des BdSt nach geringeren Steuern und Abgaben, Bürokratieabbau und Abbau der Staatsverschuldung sind auf einen 'schlanken Staat' gerichtet, den Wirtschaftsverbände und neoliberale Denkfabriken propagieren. Der BdSt nutzt den öffentlichen Anschein der Neutralität geschickt, um Partikularinteressen breite Wirkung zu verschaffen. Er wirbt auf seiner Website damit, dass er Einfluss auf die Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik nehme. ^[6]

Mit dem jährlich publizierten 'Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung' ^[7], in welchem vermeintliche Steuerverschwendung angeprangert wird, gelingt es ihm häufig, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und sich dabei als Kämpfer für die Rechte der Steuerzahler als solche darzustellen. In der Öffentlichkeit wird der BdSt zumeist als seriöser Akteur wahrgenommen, in den Medien seine Rolle selten hinterfragt. So entsteht häufig der Eindruck, es handele sich bei ihm um eine unabhängige Kontrollinstanz und nicht um einen privaten Verein. Mitunter wird der Bund der Steuerzahler mit dem Bundesrechnungshof verwechselt, jener Bundesbehörde, welche aufgrund Art. 114 GG für die unabhängige Finanzkontrolle eingerichtet wurde.

Aktivitäten

Wichtige Aktivitäten sind die Erstellung des Schwarzbuchs, der Schuldenuhr Deutschland und die Ausrufung der Steuerzahlergedenktags.

Im **Schwarzbuch** prangert der Verband Fälle von Steuerverschwendung an und erzielt damit eine hohe Medienresonanz. Doch die Kritik an den vom Verband verwendeten Maßstäben wird lauter - bei der Auswertung würden die langfristigen politischen Ziele von Subventionen oft nicht berücksichtigt. ^[8] Beim "Schwarzbuch" wird die Berechnungsmethode auch vom Bundesrechnungshof kritisiert. Dessen Präsident stellte 2010 fest: "Die Milliardensummen, die angeblich verschleudert werden, sind hochgerechnete Zahlen und nur zu einem sehr geringen Teil belegt". ^[9]

Laut SPIEGEL ist der aktuelle Stand der **Schuldenuhr Deutschland** reine Spekulation, da sie auf der Grundlage der Staatsverschuldung des vergangenen Jahres und der voraussichtlichen Kreditaufnahme für das laufende Jahr berechnet wird. ^[10] 2010 musste der BdSt die sekundengenaue Berechnung der Staatsverschuldung deshalb korrigieren: Statt der zu Jahresbeginn angenommenen 141,3 Milliarden Euro verschuldete sich der Bund in diesem Jahr um 30 Milliarden Euro weniger. ^[11] Auch stellt die Schuldenuhr nur die absolute Höhe der Schulden dar, wogegen Ökonomen überwiegend die Staatsschulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung als relevante Größe ansehen. 2017 wurde die Berechnungsmethode auch vom Bundesfinanzministerium kritisiert: Der Schuldenstand gehe seit 2012 nicht nur im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, sondern auch in absoluten Größen zurück. Dass die Schuldenuhr immer noch nicht rückwärts laufe, sei nicht nachvollziehbar. ^[12]

Der vom BdSt berechnete **Steuerzahlergedenktag** ist der Tag, ab dem die Steuerzahler "in die eigene Tasche arbeiten".^[13] Davor müssten sie „für öffentliche Kassen arbeiten“. In die Berechnung einbezogen werden jedoch nicht nur Steuern sondern auch Sozialabgaben (Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungen sowie Beiträge, die Arbeitnehmer erwirtschaften und Arbeitgeber als zusätzliche Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen überweisen). Obwohl diese Beiträge formal von den Arbeitgebern an die Versicherungen überwiesen werden, hätten Arbeitnehmer sie erwirtschaftet. Anders formuliert: Ohne die Arbeitgeberbeiträge und die Umlagen fielen die Bruttolöhne höher aus.

In dem vorstehenden Zusammenhang wird nicht explizit erwähnt, dass die Sozialabgaben zur Finanzierung sozialer Leistungen verwendet werden und somit nicht die "öffentlichen Kassen" mehren.^[14] Ohne diese Beiträge müssten sich Arbeitnehmer für den Bezug entsprechender Leistungen privat versichern, was sogar teurer werden und zu Wohlstandsverlusten führen könnte. Auf die Kritik räumte Holznagel zwar ein, dass die Menschen in Deutschland für ihre Zahlungen auch staatliche Leistungen erhalten^[15]: „Mit Steuern, Abgaben und Zwangsbeiträgen werden wichtige Leistungen für die Bürger finanziert“. Die missverständliche Formulierung „für öffentliche Kassen arbeiten“ wird jedoch auf der Webseite des BdSt weiter verwendet (Stand: 19.11.2023). Laut Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sind die Berechnungen, die der Bund der Steuerzahler zu dem von ihm ausgerufenen „Steuerzahlergedenktag“ vornimmt, außerdem falsch; es handle sich um "vulgärökonomischen Populismus".

^[16] Statt der vom BdSt errechneten Einkommensbelastungsquote von 54,6 % ergäbe sich bei korrekter Berechnung eine Einkommensbelastungsquote von nur noch 37,1 %. Auch eine 2019 eingeführte neue Berechnungsmethode hält Bach nach wie vor für fragwürdig. So unterscheide der BdSt nicht zwischen Steuern und Sozialbeiträgen und unterschätze das gesamtwirtschaftliche Einkommen, auf das Steuern und Abgaben angerechnet werden.^[17] Dadurch entstehe der Eindruck einer besonders hohen Steuerlast.

Cersten Gammelin bezeichnet den „Steuergedenktag“ mit der folgenden Begründung als gefährlichen Humbug^[18]: "Natürlich kann der Bund der Steuerzahler ausrechnen, dass nach Abzug aller denkbaren Steuern und Sozialabgaben von jedem Euro noch 45,7 Cent im Portemonnaie des Bürgers verbleiben. Ja, und? Der Abzug von 54,3 Cent von jedem Euro für staatliche Aufgaben und die eigene Vorsorge bei Rente und Gesundheit ist noch lange kein Grund, aus dieser Rechnung eine Botschaft im Trumpschen Sinne zu destillieren; nach dem Motto: Der Staat ist böse, sehr böse, er nimmt dem fleißigen Steuerzahler das Geld weg. Das müssen wir ändern. Wer so handelt, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Interessen er vertritt."

Lobbytätigkeit hinter den Kulissen

Auf der Landesebene arbeitet der Bund der Steuerzahler meist harmonisch mit lokalen Politikern und anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen, um seine Interessen durchzusetzen.^{[19][20]} Er verwirklicht seine Lobbytätigkeit laut Satzung durch Gespräche mit Vertretern von Behörden und Verbänden, Parlamentariern, Politikern, Journalisten, Mitwirkung bei öffentlichen Anhörungen und Kommissionen^[21]

Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen

Mittelstandsallianz

Der Bund der Steuerzahler und die vom [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW) gegründete Mittelstandsallianz haben 2017 beim Parlamentarischen Abend des Mittelstands eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.^[22] Die Lobbyarbeit im Rahmen der Mittelstandsallianz unter Beteiligung des Bundes der Steuerzahler veranschaulicht ein Bericht eines Repräsentanten des Bundesverbands der Bilanzbuchhalter und Controller e.V. aus dem Jahr 2019.^[23]

Europäischer Wirtschaftssenat

Der Bund der Steuerzahler ist Mitglied des [Europäischen Wirtschaftssenats](#) e.V. (EWS), der sich laut [Satzung](#) für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmer und Unternehmen an den nationalen und europäischen Standorten einsetzt. Die Mitglieder werden als [Senatoren](#) bezeichnet. Präsident des EWS ist der CSU-Politiker Ingo Friedrich, Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des [Wirtschaftsbeirats](#) Bayern.

Der EWS residiert - wie der Bund der Steuerzahler in Bayern - in der Nymphenburger Str. 118 in München. Nach § 52 Abs. IV der EWS-Satzung soll dem Kooperationspartner Bund der Steuerzahler die eigene Wirtschaftskompetenz zur Verfügung gestellt werden. Vorsitzender des Aufsichtsrats des EWS ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des EWS-Aufsichtsrats ist Hans Podiuk, Stellv. Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des Kuratoriums des EWS ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Geschäftsführer ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, der den EWS aufgebaut hat.^[24] Der EWS-Pressesprecher Rudolf G. Maier ist gleichzeitig Pressesprecher des Bundes der Steuerzahler in Bayern. 2020 organisierten der Europäische Wirtschaftssenat und die Taxpayers Association of Europe ein gemeinsames „Virtual Meeting“.^[25]

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) ist ein Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, ist Vorsitzender des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik der Lobbyorganisation. Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Präsidiums und Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Europapolitik und des Ausschusses für Mittelstandspolitik des [Wirtschaftsbeirats](#)

Jaeger Euro Consult

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Inhaber der [Jaeger Euro Consult](#) mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit. Zur Lobbyarbeit wird auf der Webseite des Unternehmens ausgeführt: „Passt Ihr Thema zu den ethischen Grundsätzen des „Ehrbaren Kaufmanns“ und wollen Sie effektiv und erfolgsorientiert Lobbyarbeit in Europa betreiben? Dann sind Sie bei der Firma Jaeger EuroConsult richtig, ob für die Umsetzung einer Initiative oder für den Zugang zu europäischen Entscheidungsträgern.“

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Vorstands der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen

Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer

Der Bund der Steuerzahler, [Die Familienunternehmer - ASU](#) und die Familienbetriebe Land und Forst e.v. haben die Verbände-Allianz [Vermögensteuer trifft alle](#) initiiert, die sich rund um die Bundestagswahl gegen Pläne aus der Politik zur Wiedereinführung der Vermögensteuer stark gemacht hat. Die gemeinsamen Online-Plattform wird von mehr als 20 weiteren Verbänden unterstützt.

Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse

Der Bund der Steuerzahler, [Die Familienunternehmer - ASU](#), die Familienbetriebe Land und Forst e.V. und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. haben 2020 die Verbände-Allianz „Die Schuldenbremse muss stehen!“ gegründet, die von der Politik ein Bekenntnis zur Schuldenbremse fordert. ^[26]

Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) führt seit Jahren eine Kampagne für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli).^[27] In diesem Zusammenhang hat die INSM beim zuständigen Finanzamt Einspruch gegen die Lohnsteueranmeldung 2020 eingelegt mit dem Ziel, letztlich indirekt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erwirken. Parallel hierzu hat auch der Bund der Steuerzahlung in einer Kampagne die Abschaffung des Solis gefordert.^[28] Im Rahmen dieser Kampagne unterstützt der Bund der Steuerzahler eine Musterklage gegen den Soli vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit dem Slogan „Der Soli muss weg!“ hat der Bund der Steuerzahler am 9. November 2017 gemeinsam mit den folgenden Verbänden und Lobbyorganisationen vor dem Bundestag protestiert: [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#), [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), Jungunternehmern und Familienbetriebe Land und Forst.^[29]

Verbindungen zu neoliberalen Netzwerken

Hayek-Institut

Der Bund der Steuerzahler ist eine Partnerorganisation des österreichischen [Hayek Instituts](#)

Austrian Economics Center/Free Market Road Show/European Resource Bank

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Vorstandsmitglied des [Austrian Economics Center](#) (AEC), das die [Austrian Conferences](#), die [European Resource Bank](#) und die [Free Market Road Show](#) organisiert. Das AEC, der Bund der Steuerzahler und der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) organisieren gemeinsam Veranstaltungen.^[30] Partner der Free Market Road Show ist die Taxpayers Association of Europe (TAE), deren Generalsekretär Michael Jäger ist. Weitere Partner sind u. a. das österreichische [Hayek Institut](#) und das [Ludwig von Mises Institute Europe](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die zentralen Organe des BdSt sind die Mitgliederversammlung, der Bundesvorstand und der Bundesverwaltungsrat. Die Zahl der Mitglieder beträgt rd. 200 Tsd.^[31] Der Verein wirbt damit, dass seine Mitglieder im Durchschnitt über ein Haushaltsnettoeinkommen von knapp 4800 Euro verfügen, womit ein Haushalt zum bestverdienenden Fünftel in Deutschland gehört.^[32] Der BdSt beschäftigt 14 Mitarbeiter in Vollzeit (Stand: 2021).

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der 15 [Landesverbände](#) zusammen, von denen der BdSt getragen wird. Mitglieder in den Landesverbänden können natürliche oder juristische Personen sowie sonstige Personenvereinigungen und Handelsvereinigungen werden (vgl. z. B. § 6 der Satzung des Landesverbands Baden-Württemberg). Laut deutschem Lobbyregister sind folgende Organisationen Mitglied in den Landesverbänden (Abruf: 16.12.2022): Hubert Burda Media Holding KG, Korian Deutschland AG, Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH), Landvolk Niedersachsens Landesbauernverband, bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, Verband der Deutschen Automatenindustrie, Brauereiverband NRW, Verband der Bau- und Rohstoffindustrie, Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern und Forum für Zukunftsenergien.

Bundesvorstand

Die fünf [Vorstandsmitglieder](#) sind:

- Reiner Holznagel (Präsident), ehem. Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Kuratoriums des Europäischen Wirtschaftssenats, Vizepräsident der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Vorstands der World Taxpayers Association (WTA), Mitglied des Vorstands der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Vizepräsidenten sind:

- Michael Jäger, CSU-Kommunalpolitiker, Inhaber der [Jaeger Euro Consult](#) mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Geschäftsführer des Europäischen Wirtschaftssenats, Präsidiumsmitglied und Stellv. Vorsitzender der Ausschüsse für Europapolitik und Mittelstandspolitik des [Wirtschaftsbeirats Bayern](#), Generalsekretär der Taxpayers Association of Europe (TAE), Vorstandsmitglied des [Austrian Economics Center](#) (AEC), Mitglied des Präsidiums der [Europäischen Bewegung Bayern](#), Mitglied des erweiterten Vorstands des [OstWestWirtschaftsForums Bayern](#), Referent bei Veranstaltungen der [European Resource Bank](#)^{[33][34][35]}
- Rik Steinheuer, Vorstandsvorsitzender des Landes NRW
- Eike Möller, Stellv. Landesvorsitzender Baden-Württemberg
- Ralf Thesing, Stellv. Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen

Bundesverwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist das zentrale Kontrollorgan des Vereins, das aus je einem Mitglied aus den Verwaltungsräten der Landesverbände gebildet wird. Vorsitzender ist der Osnabrücker Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Helge Benecke

Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik

Rolf von Hohenau

Rolf von Hohenau, CSU-Kommunalpolitiker, ist Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Vorstandsmitglied und Assistant Secretary der World Taxpayers Association (WTA), Präsident der Taxpayers Association Europe (TAE), Mitglied des Präsidiums und Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Europapolitik und des Ausschusses für Mittelstandspolitik des [Wirtschaftsbeirats Bayern](#) sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS) und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der ATOSS Software AG.

2021 rief von Hohenau als Präsident der Taxpayers Association Europe (TAE), zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines [EU-Vermögensregisters](#), auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.^[36]

Rainer Brüderle

Rainer Brüderle, Präsident des Bundes der Steuerzahler Rheinland-Pfalz, ist ein ehem. FDP-Politiker (bis 2013 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Wirtschaft und Technologie). Er betreibt die [RainerBrüderleConsult](#) - Ihr Partner für Unternehmens- und Strategieberatung und ist Präsident des [Arbeitgeberverbands für die private Sozialwirtschaft](#)

Ingo Friedrich

Der CSU-Politiker und Lobbyist Ingo Friedrich fördert seit Jahren mittelständische Interessenvertretungen auf europäischer Ebene: So gründete er einen parteiübergreifenden Arbeitskreis Mittelstand im europäischen Parlament, aus dem 1991 unter seinem Gründungsvorsitz die „Europäische Mittelstandsvereinigung“ (EMI EWIV) hervorging. Von 1984 bis 1990 war er Präsident der „Europäischen Mittelstands-Union“ (EMSU), von

1990 bis 1999 Präsident des „Europäischen Mittelstandsforums“ und 1991 gründete er den parteiübergreifenden „Diskussionskreis Mittelstand im Europäischen Parlament“.^[37] Friedrich leitet gemeinsam mit führenden Repräsentanten des Bundes der Steuerzahler die Lobbyorganisation [Europäischer Wirtschaftssenat](#), die mit dem Bund der Steuerzahler kooperiert. Im [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) Bayern, einem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen, ist Friedrich Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik. Stellv. Vorsitzender dieses Fachausschusses und Mitglied des Präsidiums ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler. Vorsitzender des Fachausschusses für Steuer- und Finanzpolitik ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Friedrich tritt auch bei Veranstaltungen des Bundes der Steuerzahler^[38] und der [Free Market Roadshow](#) auf, deren Partner der Europäische Wirtschaftssenat und die Taxpayers Association of Europe (TAE) waren. Friedrichs ist:

- Präsident des [Europäischen Wirtschaftssenats](#)
- Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- Ehrenpräsident der [Europäischen Bewegung Bayern](#)
- Ehrenpräsident der Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) "Small and Medium Entrepreneurs of Europe" (SME Europe)^[39]
- Senator von [Wir Eigentümerunternehmer](#)^[40], zu dem sich die Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) und zwei weitere Mittelstandsverbände zusammengeschlossen haben, sowie Exekutivpräsident der UMU^[41]
- Leiter der EU-Repräsentanz des Bundesverbands eMobilität e.V. (BEM)^[42]
- Mitglied des Vorstands der [Münchner Europa Konferenz](#)

Tochtergesellschaften

Das Deutsche Steuerzahlerinstitut

Seit 1965 verfügt der BdSt über eine eigene finanzwissenschaftliche Forschungseinrichtung. Das Institut, welches vormals nach dem Gründer Karl Bräuer benannt war, wurde erst 2013 aufgrund dessen NSDAP-Vergangenheit^[43] in das Neutralität und Unabhängigkeit suggerierende 'Deutsche Steuerzahlerinstitut' umbenannt. Das Institut soll die neoliberale Ausrichtung des BdSt wissenschaftlich unterfüttern. Dazu werden Studien angefertigt und Stellungnahmen publiziert, welche insbesondere darauf gerichtet sind, in der Tagespresse wahrgenommen zu werden.^[44] Finanziert wird das Institut im Wesentlichen aus Beiträgen der Landesverbände des Bundes der Steuerzahler sowie durch Spenden von Einzelpersonen.^[45] Die geringe Zahl der Mitarbeiter^[46] sowie die Zahl und Tiefe der Publikationen^[47] deuten darauf hin, dass das DSI ein wissenschaftliches Leichtgewicht ist.

Steuerzahler Service GmbH

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. betreibt die Steuerzahler Service GmbH, welche in einem Online-Shop Bücher, Software und Seminare mit Titeln wie ‚Unternehmertage‘ oder ‚Als Vermieter immer auf der richtigen Seite‘ vertreibt.^[48] Ein weiteres Aufgabenfeld liegt in der Koordination von Servicevorteilen für die Geschäftskunden (Unternehmer, Selbständige, Ärzte oder Freiberufler)^[49]

Finanzen

Der BdSt finanziert sich ganz überwiegend aus den Mitgliedsbeiträgen der BdSt-Landesverbände (2022: rd. 1.653.000 Euro). Außerdem erzielt der BdSt Einnahmen als Gesellschafter der BdSt Steuerzahler Service GmbH (2022: 0 Euro) sowie Mieterlöse, Spenden und sonstige Erlöse (2022: rd. 76.000 Euro) sowie Zinseinnahmen (2022: rd. 5.500 Euro). Spender werden nicht namentlich genannt. Es gibt keine Großspender, die zu mehr als 10 % vom Budget beitragen.

Quelle: ^[50]

Mitgliedschaften

Taxpayers Association of Europe

Die [Taxpayers Association of Europe](#) (TAE) ist die Dachorganisation der europäischen Steuerzahler-Verbände mit Sitz in Brüssel, die laut [EU-Transparenzregister](#) Einfluss auf die Gesetzgebung ausübt, um die Steuerlast zu begrenzen. Ihr gehören 29 nationale Steuerzahlerorganisationen mit insgesamt über einer Million Mitgliedern an. Präsident ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Vizepräsident ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Generalsekretär ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. [Grupp & Partner](#), eine international tätige Anwaltskanzlei mit Sitz in Brüssel, ist gleichzeitig Sitz des Büros der TAE.^[51] Die Kanzlei verweist auf ihrer Webseite darauf, dass sie seit zwei Jahrzehnten als erfahrene Lobbyisten gefragt seien. Walter Grupp, Gründer und Partner der Kanzlei, der am 08.09.2021 verstarb, war Büroleiter in Brüssel für die TAE und den Bund der Steuerzahler in Bayern.^[52] Grupp war weiterhin Gründer und Inhaber der Firma [Intergest Belgium SPRL](#) (Beratung und Dienstleistungen für deutsche Unternehmen in Belgien), die rund 25 Niederlassungen deutscher Unternehmen in Belgien verwaltet.^[53]

Laut [EU-Transparenzregister](#) beschäftigt das Büro Brüssel vier Lobbyisten (Vollzeit-Äquivalent; 2,8). Zu den Aktivitäten gehört die Durchführung von Informationsveranstaltung und Events und/oder Unterstützung von Veranstaltung durch Referentstellung so z. B. mit der [European Resource Bank](#), [Heritage Foundation](#), [World Taxpayers Association](#), [Friedrich von Hayek Stiftung](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [SME Union](#), [Europäischer Wirtschaftssenat](#), [Europäische Bewegung](#), [Hanns Seidl Stiftung](#), [Stockholm Network](#), [Vereinigung zum Schutz der Interessen der Steuerzahler in Osteuropa und Zentralasien](#).

Präsident Rolf von Hohenau rief zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines [EU-Vermögensregisters](#) auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.^[54]

World Taxpayers Association

Die [World Taxpayers Associations](#) (WTA) ist der Welt-Dachverband der nationalen Steuerzahlerorganisationen. Die WTA veranstaltet gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen die World Taxpayers Conferences und die Taxpayers Regionalforen. Zu den [Like-Minded Organizations](#) gehören u.a.: [Atlas Economic Research Foundation](#), [Heartland Institute](#), [Heritage foundation](#), [Mises Institute USA](#).

Die WTA setzt sich für Flat Taxes und Steuerwettbewerb ein. In ihrem [Mission Statement](#) wird die freie Wahl des Landes, in dem Steuern gezahlt werden, sogar zum Menschenrecht erklärt: „We, representatives of taxpayers from around the world, declare that the right to flee political and economic oppression is basic to human liberty and dignity. It is a fundamental human right for individuals to move themselves and their property to nations of other political jurisdictions with levels of taxation and public services compatible with their individual tastes and preferences.“ Der Steuerwettbewerb dient den Interessen von Großunternehmen und Spitzenverdienern, die die Möglichkeit haben, ihren Firmensitz bzw. Wohnort in Länder mit niedrigen Steuern zu verlagern.

Dem Vorstand gehören an:

- [Christopher Butler](#), Geschäftsführer von [Americans for Tax Reform](#) und [Leiter der Property Rights Alliance](#). Butler betätigt sich nicht nur als Lobbyist in Steuerfragen, sondern auch auf dem Gebiet „Energy & Nuclear Power.“^[55] Er war Referent beim exklusiven [Gas Forum 2021](#) im Schlosshotel Kronberg
- Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern
- Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler

Auf der [World Taxpayers Conference vom 17.-20. März 2016](#), zu der der Bund der Steuerzahler eingeladen hatte, vertrat der Klimaleugner [James Delingpole](#), Autor von [Breitbart News](#), die folgende These: „Die moderne grüne Politik- und Umweltbewegung ist die größte weltweite Verschwörung in der Geschichte der Menschheit gegen Steuerzahler...1,5 Billionen US-Dollar hat die ‚Global-Warming-Industrie‘ bislang verschlungen“.

Zweifel an der Gemeinnützigkeit

Nach Auffassung von Campact müsste der BdSt seine Gemeinnützigkeit verlieren, wenn das zuständige Finanzamt in Berlin an dessen Arbeit die gleichen Maßstäbe ansetzen würde, wie an Attac oder Campact.^[56] Zu diesem Schluss komme ein Rechtsgutachten, das Campact bei der Kanzlei Winheller, einer der renommiertesten Kanzleien zum Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland, in Auftrag gegeben hat. Im Untersuchungszeitraum rund um die Bundestagswahl 2021 habe der BdSt vielfach die Regeln des Bundesfinanzhofs gebrochen, indem er nicht objektiv und neutral, nicht geistig offen und nicht parteipolitisch neutral in seinem politischen Engagement gewesen sei – und versucht habe, seine eigenen Auffassungen politisch durchzusetzen. Deshalb habe die Kanzlei das Gutachten dem zuständigen Berliner Finanzamt für Körperschaften sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zugestellt und diese aufgefordert, für eine einheitliche Rechtsanwendung Sorge zu tragen. Campact hat das Gutachten auch an die Finanzämter weitergeleitet, die für die BdSt-Landesverbände Thüringen, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen/Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zuständig sind. Nach Auffassung von Campact haben diese den gleichen Satzungszweck wie der Bundesverband und überschreiten mit ihrer politischen Einmischung ebenfalls die Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts. Der BdSt erklärte hierzu, die Kanzlei habe kein Gutachten vorgelegt, sondern eine „Rechtliche Stellungnahme“ aufgrund „vorgefilterter Rechercheergebnisse“.^[57] Es bestünden keine Zweifel an der Gemeinnützigkeit.

Campact teilt die Kernforderungen der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts.^[58]

Weiterführende Informationen

- [Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023](#)

- [Für wen lobbyiert der Bund der Steuerzahler wirklich? YouTube](#)
- [Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?, Süddeutsche Zeitung, 24. Mai 2021](#)
- [Die Tea Party lässt grüßen, ZEIT ONLINE, 19. Juli 2017](#)
- [Steuermythen](#)
- [Steuerprivilegien kippen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Satzung des "Bund der Steuerzahler" vom 5. Dezember 2017](#), abgerufen am 31.01.2022
2. ↑ [Privat vor Staat](#), steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
3. ↑ [Für Unternehmer Hilfe, Tipps und wichtige Informationen](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
4. ↑ [Stefan Bach: Unsere Steuern Wer zahlt? Wie viel? Wofür?](#), Frankfurt/Main 2016, S. 148
5. ↑ [BdSt Saarland e.V. Presseportrait](#), abgerufen am 10.04.2015
6. ↑ [Mitgliederwerbung BdSt](#), Website des BdSt Deutschland e.V., abgerufen am 09.04.2015.
7. ↑ [„Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung“](#)
8. ↑ [Warum der Bund der Steuerzahler \(oft\) keine Ahnung hat](#), Wirtschaftswoche, 21. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
9. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
10. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
11. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
12. ↑ [Merkwürdige Zeitansage](#), taz.de vom 17.03.2017, abgerufen am 01.12.2021
13. ↑ [Steuerzahlergedenktag 2023](#), steuerzahler.de, abgerufen am 18.11.2023
14. ↑ [Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023](#), ardmithat.de, abgerufen am 18.11.2023
15. ↑ [Steuerzahlergedenktag: Ab heute geht das Geld in die eigene Tasche](#), merkur.de vom 12.07.2021, abgerufen am 18.11.2023
16. ↑ [Die Tea Party lässt grüßen](#), zeit.de. vom 19.07.2017, abgerufen am 06.01.2018
17. ↑ [Wer vertritt den Bund der Steuerzahler?](#), sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 08.12.2021
18. ↑ [Der Steuerzahlergedenktag ist dumm und gefährlich](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2018, abgerufen am 18.11.2023
19. ↑ [Rudolf Speth. Arbeitspapier 161. Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? \(PDF\)](#), abgerufen am 09.04.2015
20. ↑ [BdSt Baden-Württemberg, Politische Kontakte](#), abgerufen am 17.04.2015
21. ↑ [Satzung BdSt Ba-Wü, §2](#), abgerufen am 17.04.2015
22. ↑ [Mittelstandsallianz und BdSt werden Kooperationspartner](#), bvmw.de vom 19.05.2017, abgerufen am 25.11.2021

23. ↑ [13.03.2019: Berufsrecht: Update](#), bvbc.de vom 13.03.2019, abgerufen am 25.11.2021
24. ↑ [Wir über uns](#), eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 01.12.2021
25. ↑ [COVID-19:SME Policy Response with a Special Focus on CEE](#), smeeurope.eu vom 22.07.2020, abgerufen am 05.12.2021
26. ↑ [Die Schuldenbremse muss stehen!](#), familienunternehmer.eu vom 03.03.2020, abgerufen am 25.11.2021
27. ↑ [Soli abschaffen: Updates zur Kampagne](#), insm.de, abgerufen am 25.11.2021
28. ↑ [Soli abschaffen! JETZT!](#), steuerzahler.de, abgerufen am 25.11.2021
29. ↑ [„Wort halten! Soli abschaffen!“](#), steuerzahler.de vom 09.11.2017, abgerufen am 25.11.2021
30. ↑ [Europapolitik Veranstaltung vom 27.05.20210](#), wbu.de, abgerufen am 02.12.2021
31. ↑ [Porträt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
32. ↑ [Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?](#), sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 30.11.2021
33. ↑ [Vita](#), jaeger-euroconsult.de, abgerufen am 26.11.2021
34. ↑ [Michael Jäger](#), owwf.bayern, abgerufen am 28.11.2021
35. ↑ [Program 2021](#), europeanresourcebank.org, abgerufen am 04.12.2021
36. ↑ [Taxpayers Association of Europe \(TAE\) is appalled by the plans for the EU Asset Register](#), taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
37. ↑ [Ingo Friedrich](#), theeuropean.de vom 20.12.2017, abgerufen am 05.12.2021
38. ↑ [Vortragsveranstaltung](#), steuerzahler.de, abgerufen am 05.12.2021
39. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 03.12.2021
40. ↑ [Senatoren der Politik](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 05.12.2021
41. ↑ [Präsidium](#), umu.de, abgerufen am 05.12.2021
42. ↑ [Ehrenmitgliedschaft BEM-EU-Repräsentant Dr. Ingo Friedrich](#), bem-ev.de vom 19.09.219, abgerufen am 05.12.2021
43. ↑ [Karl Bräuer NSDAP](#), FAZ vom 21.06.2014, abgerufen am 09.04.2015
44. ↑ [DSi Intern 2-2014, Das DSi in den Medien \(S.4\)](#), abgerufen am 10.04.2015
45. ↑ [Über uns](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
46. ↑ [Team](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
47. ↑ [DSi kompakt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021, Vgl. insb. Verhältnis kurze Publikation 'kompakt' zu umfangreicheren 'Schriften'
48. ↑ [Steuerzahler Service GmbH, Seminare](#), abgerufen am 10.04.2015
49. ↑ [BdSt-Vorteile](#), abgerufen am 09.04.2015
50. ↑ [Transparenz beim BdSt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 19.11.2023
51. ↑ [Klartext März 2019](#), steuerzahler.de, abgerufen am 01.12.2021
52. ↑ [TAE Familie trauert um Walter Grupp](#), taxpayers-europe.org, abgerufen am 01.12.2021
53. ↑ [Walter Grupp](#), grupp-partner.com, abgerufen am 02.12.2021
54. ↑ [Taxpayers Association of Europe \(TAE\) is appalled by the plans for the EU Asset Register](#), taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
55. ↑ [Issues Lobbied by Christopher Butler](#), opensecrets.org, abgerufen am 26.11.2021
56. ↑ [Bund der Steuerzahler zu Unrecht gemeinnützig](#), blog.campact.de vom 04.09.2023
57. ↑ [Keine Zweifel an der Feststellung der Gemeinnützigkeit](#), steuerzahler.de vom 05.09.2023
58. ↑ [Zivilgesellschaft ist gemeinnützig](#), campact.de, abgerufen am 12.12.2023

Bundesverband mittelständische Wirtschaft

Der **Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)** ist eine Interessenvertretung des deutschen Mittelstands. Laut [EU Transparenz-Register](#) waren im Mai 2021 ca. 55.000 kleine und mittlere Unternehmen sowie Einzelpersonen Mitglied des BVMW in Deutschland; mit der Mittelstandsallianz vertritt der BVMW ca. 900 Tsd. mittelständische Unternehmen.

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbandstätigkeit
h	
Gründungsdatum	November 1975
m	
Hauptsitz	Potsdamer Str. 7, 10785 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bvmw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Mittelstandsallianz	15
2 Lobbystrategien und Einfluss	15
3 Partner	16
4 Organisationsstruktur und Personal	16
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	16
4.2 Wirtschaftssenat	16
4.3 Politischer Beirat	17
4.4 Wissenschaftlicher Beirat	17
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	18
6 Einzelnachweise	18

Mittelstandsallianz

Unter dem Dach des BVMW haben sich 33 mittelständisch geprägte Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände mit mehr als 900 Tsd. Mitgliedern zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen zu vertreten.^{[1][2]} Seit 2017 ist auch der [Bund der Steuerzahler](#) Mitglied der Mittelstandsallianz.^[3]

Lobbystrategien und Einfluss

Der BVMW bezeichnet sich als der zentrale Ansprechpartner der Politik, der für seine Mitglieder politische Entscheidungsgrundlagen erarbeitet und seine Forderungen und Positionen der Politik, Gesellschaft, Verwaltung sowie Medien und Öffentlichkeit vermittelt.^[4] Der vor Ort, in Berlin, Brüssel und über Auslandsbüros tätige Verband organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen jährlich und verfasst Positionspapiere, Studien und Gutachten. Der BVM kritisiert den Mindestlohn und fordert eine Abschaffung der Erbschaftsteuer.^[5]

Von 2014 - 04/2021 verantwortete der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete **Patrick Meinhardt** beim Verband als Mitglied der Bundesgeschäftsleitung den Bereich Politik in Berlin und Brüssel.^{[6][7]}

Partner

Partner ist das libertäre **Ludwig von Mises Institute-Europe**.^[8] Patrick Meinhardt, von 2014-04/2021 Bundesgeschäftsleiter Politik im BVMW, Vorstandsvorsitzender der BVMW-Stiftung des Mittelstands, Präsidiumsmitglied von European Entrepreneurs und Generalsekretär der Bildungsallianz des Mittelstands, ist Vorstandsmitglied des Ludwig von Mises Institute-Europe.^[9] Von 2005 bis 2013 gehörte Meinhardt der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag an. Im April 2021 wurde er Geschäftsführer des Taxi- und Mietwagenverbands Deutschlands (TMV).^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

- **Mario Ohoven** (Präsident), Finanzvermittler und Anlageberater, Präsident des europäischen Dachverbands nationaler Mittelstandsvereinigungen CEA-PME, Brüssel
- Christoph Ahlhaus (Bundesgeschäftsführer), ehem. Bürgermeister Hamburgs

Wirtschaftssenat

Der Wirtschaftssenat, in den nach eigenen Angaben rund 230 herausragende Unternehmerpersönlichkeiten berufen werden, hält Kontakt zur Politik, Wissenschaft, Kultur und Medien. Eine Auswahl dieser Persönlichkeiten ist [hier](#) abrufbar.

Senatsbeauftragte Sachsen des BVMM ist Antje Hermenau, Unternehmensberaterin und ehem. Politikerin der Grünen, die die Meinung vertritt, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[11] Sie ist Autorin der neurechten **Jungen Freiheit** und wirkt bei **TichysTalk** und **Tichys Ausblick** mit. **Roland Tichy** gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. 2016 trat Hermenau in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf.^[12]

Politischer Beirat

Name	Partei	Funktion
Hans-Peter Friedrich	CSU	• ehem. Vizepräsident des Deutschen Bundestags • Kuratoriumsmitglied der Stiftung Familienunternehmen • ehem. Bundesminister des Inneren
Olav Guting	CDU	• Mitglied des Bundestags • Rechtsanwalt
Verena Hubertz	SPD	• Mitglied des Bundestags
Omid Nouripour	Bündnis 90/Die Grünen	• Mitglied des Bundestags • Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen
Jürgen Trittin	Bündnis 90/Die Grünen	• Mitglied des Bundestags • ehem. Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen • European Council on Foreign Relations (ECFR), Gründungsmitglied
Alexander Graf Lambsdorff	FDP	• Mitglied des Bundestags • Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung • Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke • High Patron des Ludwig von Mises Institute-Europe
Gregor Gysi	Die Linke	• Mitglied des Bundestags • Rechtsanwalt • ehem. Präsident der Europäischen Linken

(Stand: August 2022) Quelle: ^[13]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Henning Vöpel, Direktor des [Centrum für Europäische Politik](#) (CEP)
- [Justus Haucap](#), Direktor [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE)
- [Karl-Heinz Paqué](#), Professor für Volkswirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, FDP-Politiker

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Partnerverbände der Mittelstandsallianz](#), bvmw.de, abgerufen am 06.07.2021
2. ↑ [Der deutsche Mittelstand](#), bvmw.de, abgerufen am 06.01.2018
3. ↑ [Mittelstandsallianz und Bund der Steuerzahler werden Kooperationspartner](#), presseportal.de vom 19.05.2017, abgerufen am 05.01.2019
4. ↑ [Der deutsche Mittelstand](#), bvmw.de, abgerufen am 08.01.2019
5. ↑ [Anno.Erfolge 2016.Impulse 2017](#), bvmw.de, abgerufen am 10.01.2019
6. ↑ [FDP-Politiker Meinhardt wird Lobbyist beim BVMW](#) Politik + Kommunikation, abgerufen am 20.08.2014
7. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 04.01.2019
8. ↑ [Neoliberal radicalizations or the crumbling of the edifice? Part II](#), thinktanknetworkresearch.net/blog vom 17.03.2021, abgerufen am 15.07.2021
9. ↑ [Patrick Meinhardt](#), bvmw.de, abgerufen am 15.07.2021
10. ↑ [Taxi-Bundesverband holt FDP-Mann](#), taxi-heute.de vom 18.03.2021, abgerufen am 16.07.2021
11. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
12. ↑ [Antke Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsiche.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ [Der Politische Beirat des BVMW](#). Webseite BVMW, abgerufen am 17.08.2022

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin [Angelika Niebler](#) gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut [EU Transparenz-Register](#) verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

Wirtschaftsbeirat Bayern

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenverband bayerischer Unternehmen, die der CSU nahe stehen
Gründungsdatum 1948
Hauptsitz München
Lobbybüro Forum Berlin
Lobbybüro EU Forum Brüssel
Webadresse wbu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk	19
1.1 Präsident:innen	19
1.2 Schatzmeisterin	19
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)	19
1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen	20
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D.	20
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen	20
2 Lobbystrategien und Einfluss	20
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss	21
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	21
4.1 Generalsekretär	21
4.2 Präsidium	21
4.3 Foren Berlin und Brüssel	21
5 Weiterführende Informationen	21
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
7 Einzelnachweise	22

Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an (Stand: März 2022).

Präsident:innen

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

Schatzmeisterin

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Hans-Peter Friedrich (Mitglied des Deutschen Bundestags, ehem. Bundesminister des Innern und ehem. Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler](#) Bayern, Europäischer Wirtschaftssenat
- Klemens Joost, Lobbyagentur [EUTOP](#)
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus](#) Defence Space GmbH
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

Bayerische Staatsminister:innen a.D.

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut
- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

Lobbystrategien und Einfluss

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmen, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen^[1] sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise^[2] beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".^[3]

Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent Fritz Vahrenholt auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.^{[4][5]} Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.^[6]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Generalsekretär

Generalsekretär ist Johannes Schachtner, Ministerialdirigent a.D. (ehem. Leiter der Abteilung Internationalisierung, Industrie und Stv. Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) und Kuratoriumsmitglied des Ifo Instituts^[7]

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

Foren Berlin und Brüssel

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind^[8]:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Impressum](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 01.03.2022

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere Parlamentarische Staatssekretäre) in Räumen des Bundestags zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Sie gilt als ebenso traditionsreiche wie öffentlichkeitsscheue Lobbyorganisation. ^[1]

Der "Strukturgesellschaft" gehörten im September 2023 21 Bundestagsabgeordnete an, bei denen es sich ganz überwiegend um CDU/CSU-Politiker handelt. Prominente CDU-Mitglieder sind der Parteivorsitzende [Friedrich Merz](#) und [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind: [Bettina Stark-Watzinger](#), Bundesministerin für Bildung und Forschung, [Michael Theurer](#), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, und [Daniel Föst](#), Wohnungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

[Hartfrid Wolff](#), Abteilungsleiter für strategische Planung und Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr ist Mitglied im Vorstand der "Strukturgesellschaft".

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

[[Bild:<date>|center]]

Rech eingetragener Verein

tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung
sdat
um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz

Lobb
ybür
o

Lobb <text>

ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten	23
2 Mangelnde Transparenz	24
3 Organisationsstruktur und Personal	25
3.1 Vorstand	25
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	26
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	26
3.4 Mitglieder und Förderer	27
4 Weiterführende Informationen	28
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
6 Einzelnachweise	28

Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten

Bei der Beeinflussung der Parlamentarier im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Diese sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politikern (Parlamentarier und Parlamentarische Staatssekretäre), Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professoren stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit. Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Gesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist.

Geleitet werden die Tagungen von den Beiratsvorsitzenden, bei denen es sich oft um Mitglieder von Bundestagsausschüssen handelt. Die Bundestagsausschüsse machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Der Beiratsvorsitzende setzt den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber gegenüber der Strukturgesellschaft fest und bucht die Räume im Bundestag.^[2] Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber an und lädt im Namen des Beiratsvorsitzenden weitere Teilnehmer sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Potokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyisten auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen.^[4] Dies sei angeblich zu aufwendig. [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de) berichtete über eine vertrauliche Tagung des Beirats "Sicherheit und Verteidigung" unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Brandl, MdB (CSU), Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr", Anfang Februar 2022, zum Rüstungsprojekt "European Sky Shield".^[5] Für dieses wollen europäische NATO-Mitglieder Waffensysteme zur gemeinsamen Verteidigung ihres Luftraums beschaffen. Als Referenten zu diesem

Thema habe Brandl zwei Referenten vorgeschlagen: Christian Mölling von der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) und Guido Bandler, Director of Sales des Rüstungsunternehmens MBDA, das Luftverteidigungssysteme herstellt. Brandl habe die Einladung von Bandler wie folgt begründet: "Um beurteilen zu können, ob das von der Regierung vorgeschlagene Konzept überhaupt realisierbar ist, ist ein Austausch mit Experten aus der Industrie unerlässlich. Deshalb wurde in diesem Fall das Unternehmen MBDA zu der Sitzung eingeladen."

Zurzeit verfügt die Strukturgesellschaft über 15 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitale Agenda	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wissenschaftlicher Beirat	

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite der Strukturgesellschaft gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	• 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	• Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	• ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	• Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Ulrich Lange, CSU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestags • Vorsitzender der CSU-Verkehrskommission
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	• Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg • Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung)

Vorstandsmitglied Hartfrid Wolff, FDP • [KPMG](#), bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7]
ed P • [FDP](#), Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg
• ehem. Mitglied des Bundestags

Vorstandsmitglied Rainer Holznagel • [Bund der Steuerzahler](#), Präsident
• [Europäischer Wirtschaftssenat](#), Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen des Horst-Dieter • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitglied Westerhoff • Professor an der Steinbeis Hochschule Berlin
ed

(Stand: September 2023) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)

- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
 - Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Daniel Föst, MdB, FDP (**Beirat für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung**)
 - Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
 - Obmann und Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung

(Stand: 02/2024)

Mitglieder und Förderer

Mitglieder und Förderer sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Verbände, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Zukunft Gas](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post AG
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
- Politik, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Enak Ferlemann](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär im [Bundesverkehrsministerium](#)
 - Daniel Föst, FDP, MdB, Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender der CDU
 - Bettina Stark-Watzinger, FDP, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - Michael Theurer, FDP, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

- [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- Einzelmitglieder, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - Ulrich Drachsel, Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie
 - [Georg Fahrenschon](#)
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Rainer Holznagel, [Bund der Steuerzahler](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)
 - [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
 - Michael Schmitz, [Allianz SE](#)
 - Johann Töpfer, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband
 - Kai Wernicke, Haus & Grund

(Stand: September 2023)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\)](#), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019, [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Profil](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 02.07.2022
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 11.09.2023

Die Familienunternehmer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die Familienunternehmer – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen. Teil der Familienunternehmer ist auch die Gruppierung "Die Jungen Unternehmer".

Die Familienunternehmer stehen eigenen Angaben nach für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb sowie Verantwortung und sehen sich selbst als "die Melkkühe der Nation"^[1].

Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Konkrete Kampagnen richten sich u.a. gegen Eingriffe in das Privateigentum (z.B. bei den politischen Debatten um Vermögens- und Erbschaftsteuern) oder Regularien, die Unternehmen zu mehr Transparenz und Sorgfalt verpflichten (z.B. bei den politischen Debatten um das Transparenzregister und das Lieferkettengesetz).

Der Verein hatte am 22.01.2022 6.000 Mitglieder und hat 2021 über drei Mio. Euro für Lobbyarbeit ausgegeben.^[2]

Nur Unternehmen, die mehr als 1.000.000 Euro Umsatz erwirtschaften und mindestens 10 Mitarbeiter:innen beschäftigen, können Mitglied im Verein werden.^[3] Von knapp 2,5 Millionen Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2020 waren demnach nur ca. 400.000, also 16% überhaupt berechtigt, einen Mitgliedsantrag zu stellen.^[4]

Die Familienunternehmer

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer

Gründungsdatum 1949

Hauptsitz Berlin, Charlottenstraße 24

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadress familienunternehmer.eu
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	30
2 Fallbeispiele und Kritik	30
2.1 Lobbying gegen das Lieferkettengesetz	30
2.2 Lobbying gegen das Transparenzregister	31
2.3 Lobbying gegen die Erbschaftssteuer	31

2.4 Lobbying gegen die Vermögensteuer	32
2.5 Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung	32
2.6 Kritik am aggressiven Auftreten	33
3 Positionen	33
4 Organisationsstruktur und Personal	34
4.1 Geschäftsführung	34
4.2 Präsidium	34
5 Strategischer Beirat	35
6 Kooperationen	35
6.1 Jenaer Allianz	35
6.2 European Family Businesses	35
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	35
6.4 Austauschrunde Steuern	36
7 Zitate	36
8 Weiterführende Informationen	36
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
10 Einzelnachweise	36

Lobbystrategien und Einfluss

Im deutschen Lobbyregister geben die Familienunternehmer (Stand: 24.02.2022) an, im Jahr 2021 zwischen 3.020.001 bis 3.020.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Interessenvertreter zu beschäftigen.
[5]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbying gegen das Lieferkettengesetz

Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Familienunternehmer hatten sich mehrfach mit deutlicher Rhetorik gegen ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen und auch ihre Befürworter scharf kritisiert. Dabei fordert der Verband immer wieder Belastungsmoratorien - also eine Aufschiebung des Gesetzes. (Mehr zu dem Aspekt, wie die Forderung des Belastungsmoratoriums durch Unternehmen verwendet wurde um konkrete Politik zu beeinflussen, findet sich in diesem [Beitrag von LobbyControl](#))

Bereits das Inkrafttreten der CSRD-Richtlinie zu Berichterstattungspflichten für Unternehmen bezeichneten die Familienunternehmer als „Wahnsinn“ und forderten ein „Regulierungs-Moratorium – jetzt!“^[6] Auch aufgrund der angespannten Energiesituation 2022 hatten Unternehmensverbände ein Belastungsmoratorium von der deutschen Bundesregierung gefordert. Die Bundesumweltministerin Lemke beschloss damals jedoch am Lieferkettengesetz festzuhalten und wurde dafür von den Familienunternehmern scharf kritisiert. Lemke wurde für ihr Beharren auf einem bereits beschlossenen Gesetz vorgeworfen „ignorant“ zu handeln „Öl ins Feuer“ zu gießen und gar den Mittelstand existenzbedrohend zu gefährden.^[7]

Rufe nach einem Belastungsmoratorium gab es von Seiten der Unternehmen auch bereits zu Beginn der COVID-19 Pandemie. So beteiligten sich die Familienunternehmer an einer [INSM](#)-Kampagne die am 8. Juni 2021 in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen war. Dort heißt es, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.“^[8] Führende Ökonomen widersprachen derartigen Aussagen.^[9] Der Wirtschaftsweisen Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[10]

Lobbying gegen das Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.^[11] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.^[12] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Lobbying gegen die Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[13] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das

Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[14] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Familienunternehmer - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[15] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Lobbying gegen die Vermögensteuer

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.^[16] Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

Die Kampagne ist 2021 fortgeführt und erweitert worden.^[17] So trat der Verband der Familienunternehmer im Wahlkampf 2021 an die Öffentlichkeit, um Stimmung für seine politische Hauptforderung zu machen: die Verhinderung der Vermögenssteuer. Dazu gehören nach [Einschätzung von LobbyControl](#) irreführende Aussagen und manipulative Umfragen. Der Verband ist Teil der Bündnis-Kampagne [Vermögenssteuer trifft alle](#), die gemeinsam mit dem [Bund der Steuerzahler](#) und dem Verband Familienbetriebe Land und Forst organisiert wird. Unterstützt wird die Kampagne von weiteren Verbänden wie [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Haus und Grund, Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, [Gesamtmetall](#), Verband der Rauchtobakindustrie, dem Zentralen Immobilienausschuss sowie der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft.

Während des Bundestagswahlkampfes 2021 drohte der Verband in einer Zeitungsanzeige, dass nach Einführung der Vermögenssteuer regionale Vereine nicht länger finanziell unterstützt würden. Das regionale Vereinsleben werde geschädigt, so der Verband.^[18]

Aus einer Recherche der NGO Abgeordnetenwatch von 2023 geht hervor, dass die "Familienunternehmer" im Bundestagswahlkampf 2021 eine Kampagne geplant hätten, die eine Umbenennung der Vermögenssteuer "in 'Mittelstands- ' oder 'Exportationssteuer'" zum Ziel gehabt habe.^[19]

Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung

Nach der Recherche der NGO Abgeordnetenwatch wirbt der Verband in der Klimapolitik dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.^[20] Pläne der Regierung, Industrie und Wirtschaft zu weniger Emissionen zu verhelfen, würden als "Planwirtschaft" kritisiert. Die Zuschüsse für den Einsatz CO2-armer Technologien seien für Vereinspräsident Worleé gar "planwirtschaftliche Klientelpolitik à la UdSSR." In einem internen Papier heiße es, "dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik dazu führt, dass sich die Parteien mit immer ambitionierten Zielsetzungen gegenseitig übertrumpfen". Konsequenz für den Verband seien: "Umso mehr komme es darauf an, eine überschießende Energiepolitik als Kostentreiber zu brandmarken." Laut eines Protokolls habe der Verband in Fragen der Energiepolitik "meinungsbildend sowohl auf die FDP als auch auf die Mittelstandsvereinigung der CDU" gewirkt.

In den [Vorschlägen zur Energiekrisen-Bewältigung 2022](#) wird unter Punkt 2. ausgeführt: „Die ideologischen Scheuklappen müssen abgelegt werden. Die Beschränkungen und Einschränkungen für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und deren Reaktivierung aus der Reserve sind auf unseren Druck hin bereits teilweise gefallen. Die Gesetzgebung für die Atomkraft muss einen Weiterbetrieb von mindestens drei – besser: sechs – Atomkraftwerken ermöglichen, solange die Gasversorgung angespannt ist.“ Solar- und Windkraft werden hingegen nicht einmal benannt.

Kritik am aggressiven Auftreten

2023 kritisierte die NGO Abgeordnetenwatch die "forsche Rhetorik" des Verbandes.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener nennen "Familienunternehmer" demnach "eine fiskale Sterbehilfe". Dass unterschiedliche Gehälter von Männern und Frauen nicht mehr mit persönlichem Verhandlungsgeschick begründet werden dürfen, sei in der Rhetorik der Familienunternehmer ein "scharfer Eingriff in die Vertragsfreiheit". "Eine Nebelkerze" nannte der Verband demnach Pläne, Wohlstand künftig mit erweiterten Kriterien zu messen, etwa mit sauberem Wasser.^[21]

Im gleichen Artikel zitierte Abgeordnetenwatch den Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter: "Er sagt über die "Familienunternehmer", sie gingen teilweise "aggressiver vor als die Waffen- und Chemieindustrie". Ihre Haltung sei oftmals: "Die Politik muss den Unternehmen dankbar sein, weil sie ja Jobs schaffen.""

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken^[22], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.^[23] Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.^{[24][25]}

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein selbsternannter "Klimaskeptiker" ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Patrick Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.^[26]

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[27] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[28] [Peer-Robin Paulus](#), Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer

eine gute CDU will, muss die AfD wählen".^[29] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[30] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Geschäftsführerin	Daniela Röben
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft ^[31]

Präsidium

(Auswahl)

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), Geschäftsführender Gesellschafter der E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG, Mitglied des Präsidiums des [Verband der Chemischen Industrie e.V.](#) (VCI)
- Patrick Adenauer (Vizepräsident), Mitglied der CDU, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Präsident des Family Business Network Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats der DuMont Mediengruppe, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Simone Bagel-Trah, Vorsitzende des Aufsichtsrats & des Gesellschafterausschusses der Henkel AG & Co. KGaA
- Heinrich Deichmann, Vorsitzender des Verwaltungsrats und der geschäftsführenden Direktoren der Deichmann SE, Mitglied des Vorstands des Handelsverbands Deutschland (HDE), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und des Stiftungsrats der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer
- Alfred Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Geschwister Oetker Beteiligungen KG
- Marie-Christine Ostermann, Geschäftsführende Gesellschafterin der Rulko Großeinkauf GmbH & Co. KG, ehem. Bundesvorsitzende DIE JUNGEN Unternehmer^[32], Mitglied des Aufsichtsrats der Fielmann AG, Mitglied des Kuratoriums des Bundesverbands Deutscher STARTUP TEENS, Mitglied des Family Business Network FBN, Responsible Leader der BMW Stiftung Herbert Quandt, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [REPUBLIK21 e.V.](#), zumindest zeitweise Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (die Gremien der Stiftung sind auf der Webseite der Hayek Gesellschaft seit geraumer Zeit nicht mehr abrufbar), Referentin beim Hayek-Club Münsterland^[33], 2014 - 2015 Landesschatzmeisterin der FDP NRW. 2015 initiierte Ostermann das „Netzwerk Liberale Agenda 2025“, aus dem später das Wirtschaftsforum der FDP geworden ist.^[34]
- Sarna Röser, Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Reinhardt Zinkann, Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Vizepräsident des Markenverbandes

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	- John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Marie-Christine Ostermann	- Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin REPUBLIK21 e.V., Mitglied des Beirats - FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW - Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Frank Schäffler	- Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) Prometheus, Gründer Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, ehem. Mitglied
Sarna Röser	- Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied der Geschäftsleitung - Die Jungen Unternehmer - BJU, Bundesvorsitzende Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied

(Stand: August 2023) Quelle: ^[35]

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Austauschrunde Steuern

Die Familienunternehmer gehören der [Austauschrunde Steuern](#) an, einer Diskussionsrunde zu steuerpolitischen Fragen mit 120 Mitgliedern, die beim Verband [Familienbetriebe Land und Forst](#) angesiedelt ist.^[36] Die Initiative konnte nach eigenen Angaben die Substanzsteuer verhindern.^[37]

Zitate

"Lobbyorganisationen wie der Verband 'Die Familienunternehmer' haben eine brutale Kampagne gegen weitergehende Regeln geführt, indem sie so taten, als drohe durch eine moderate Besteuerung Superreicher der Untergang des Mittelstands. Dass diese freche Lüge so durchschlagend wirkt, haben sie sich wohl selbst nicht träumen lassen." - Ulrich Schulte in der taz zur Reform der Erbschaftssteuer 2016 ^[38]

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der „Familienunternehmer“ 2023](#)
- [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf, 23. September 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliedschaft](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 12.04.2023
2. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
3. ↑ [Die Lobbymacht der "Familienunternehmer"](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
4. ↑ [Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Unternehmensgröße](#)statista.com vom 12.08.2022, abgerufen am 12.04.2023
5. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
6. ↑ [Familienunternehmer zur europäischen Einigung über CSRD-Berichtspflichten: Regulierungs-Moratorium – jetzt!](#)familienunternehmer.eu vom 24.06.2022, abgerufen am 08.12.2022
7. ↑ [Ministerin Lemke lässt Belastungsmoratorium des Bundeskabinetts scheitern](#)familienunternehmer.eu vom 06.10.2022, abgerufen am 08.12.2022
8. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
9. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022

11. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019
12. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
13. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
14. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
15. ↑ [Christoph Butterwege: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
16. ↑ Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes, Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
17. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#), lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 06.10.2021
18. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#)lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 12.04.2023
19. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
20. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
21. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
22. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
23. ↑ [Positionen und Aktionen, Webseite familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 205
24. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen](#), Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
25. ↑ [Nach Streit Familienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
26. ↑ [Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen](#), espress.de vom 10.08.2019
27. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
28. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
29. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
30. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
31. ↑ [Autor](#), nzz-libro.ch, abgerufen am 10.05.2022
32. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 08.04.2023
33. ↑ [Spannende Referenten - lebhaft Diskussionen](#), hayekclubmuenster vom 31.01.2015, abgerufen am 07.04.2023
34. ↑ [Marie-Christine Ostermann schleust Top-Manager zur FDP](#), manager-masgazin.de vom 30.04.2015, abgerufen am 07.04.2023
35. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#), familienunternehmer.de, abgerufen am 13.08.2023
36. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.05.2022
37. ↑ [Steuern](#), familienbetriebeluf-bayern.de, abgerufen am 09.05.2022
38. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmittel](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmittel zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmittel](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung markliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	40
2 Eingeschaltete Agenturen	40
3 Ziele	40

4 Organisationsstruktur und Personal	41
4.1 Geschäftsführer	41
4.2 Prokurist	42
4.3 Kommunikationschef	42
4.4 Public Affairs	42
4.5 Lobbyist:innen	42
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	42
4.7 Beirat	42
4.8 Kuratorium	43
4.9 Botschafter	43
4.10 Wissenschaftliche Beratung	46
4.11 ÖkonomenBlog	46
4.12 Förderverein	47
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	48
5.1 Kampagnen	48
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	49
5.3 Studien	49
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	50
5.5 Veranstaltungen	50
5.6 Fernsehen und Hörfunk	50
5.7 Medienkooperationen	50
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	51
5.9 Weitere mediale Mittel	51
6 Kritik an der INSM	51
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	51
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	52
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	52
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	52
6.5 Verhältnis zu den Medien	53
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	54
6.7 Schleichwerbung	54
6.8 Einschüchterung von Medien	54
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	54
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	55
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	55
7 Zitate	55
8 Weiterführende Informationen	55
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	56
10 Einzelnachweise	56

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des **Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels** (HDE)
- **Tasso Enzweiler**, ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur **Hering Schuppener**, wurde danach Geschäftsführer bei **Ketchum Pleon** Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung **Enzweiler & Partner**
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim **BDI**
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei **Die Familienunternehmer - ASU**

Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes **Gesamtmetall**

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmittel](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam
e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon](#)
Berg vent für Deutschland

er

Chri

stop

h

Bur

man

n

Dom

iniqu

e

Döttl

ing

Flori

an

Gers

ter

Mart

in

Kan

negi

eßer

Otm

ar

g

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich
Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von
Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und
Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
(später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmittel](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser
GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Frie](#)
Issin drich-August-von-Hayek-Stiftung, ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

Osw

ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der Metz Die Familienunternehmer - ASU

ger

Arend
d Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der Oetker
er CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walt

her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im

Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der z
Paqu Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Raff Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH, elhü
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der sche
Kommission Alterssicherung^[28]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company

Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran

dolf Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem Rod
INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#) enst
jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr
Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)

kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB), Mitglied des Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Star](#)

k Marktwirtschaft

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der Initiative D21, Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-
ubha Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des Institut für Unternehmerische Freiheit
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: [29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe Friedric
ulf h-Naumann-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und ist Mitglied des
Bari Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie
ng Gesellschaft

Mar

ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied verstorben
hoff der Ludwig-Erhard-Stiftung

Mic

hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August
I von Hayek Stiftung, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, setzt sich für eine
Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
hho großer Vermögen" entlastet^[30]
f

Ebe

rharPräsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von ABB, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats von der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D Z BANK AG](#)

[Christine Schaefer](#) ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC Communications & Network Consulting](#)

trat im Dezember 2004 aus der INSM aus [\[31\]](#), beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen [\[32\]](#)

[Lott Har](#) CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#), ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Merrill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. [\[33\]](#)

am 18. März 2016 verstorben

[Edmund Stoiber](#) ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen

[Hans Tietmeyer](#) ehem. Präsident der [Deutschen Bundesbank](#), Mitglied der Kuratoriums der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), der [Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. [\[34\]](#)

am 27. Dezember 2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach [\[35\]](#) - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- [Michael Hoffmann-Becking](#), Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- [Marie-Luise Dött](#), umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik ^[44] richtet sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. ^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen ^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“. ^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn. ^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt. ^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen. ^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ ^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben. ^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der [INSM](#) erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Bildungsmonitor Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL –](#)

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: „Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier.“^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells" ^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.

- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf](#), suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ [Pressemitteilung vom 31.01.2019](#), abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023

24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ <https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie>, insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [\[8\]](#), Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [\[9\]](#), Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [\[10\]](#), Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [\[11\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenzen: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

57. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
58. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
59. ↑ [\[12\]](#), Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021]
60. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
61. ↑ [\[13\]](#) KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021]
62. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
63. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
64. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
65. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
66. ↑ [\[14\]](#), Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
67. ↑ [\[15\]](#), 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021
68. ↑ [\[16\]](#), Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [\[17\]](#), Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [\[18\]](#), Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [\[19\]](#), Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
72. ↑ [\[20\]](#) Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021
73. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
74. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
75. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
77. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?](#), 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
78. ↑ [\[21\]](#), Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011

84. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ 12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Mises Institute

Weltweit gib es eine Vielzahl von unabhängigen Ludwig von Mises Instituten, die nach dem libertären österreich-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises (*29.09.1881 in Lemberg, †10.10.1973 in New York) benannt sind. Der bedeutendste Schüler von Mises war [Murray Rothbard](#) (1926-1995), der im Mises Institute USA seit dessen Gründung aktiv war. Beide sind Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie ("Austrian School of Economics"). Auf der Webseite des CENTRO MISES wurden am 10.12.2023 [19 Mises Institute](#) aufgeführt, wobei es sich zum Teil nur um Internet-Plattformen, Blogs oder Facebook-Gruppen handelt. Das Mises Institute USA spielt bei der ideologischen Ausrichtung des Netzwerks von Mises-Instituten eine herausragende Rolle. Es organisiert Einführungskurse in die Österreichische Theorie an seiner Mises University und bietet einen „Mises Institute’s Master of Arts in Austrian Economics“ an. Die Publikationen und Stellungnahmen des US-Instituts sind regelmäßig auch auf den Webseiten anderer Mises Institute abrufbar. Zu den bedeutenden Instituten gehören neben dem Mises Institute USA die Mises Institute in Deutschland, Schweden, Barcelona und Brasilien.^[1] Die Elite der Mises-Institute ist im Netzwerk [Property and Freedom Society](#) aktiv. Zwischen den Mises-Instituten gibt es personelle Verflechtungen.

Die Mises-Institut vertreten in der Regel Positionen, die als [anarchokapitalistisch](#) bezeichnet werden. Da der Markt dem Staat bei der Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme grundsätzlich überlegen sei, sollte sich der Staat nach Mises darauf beschränken, Leben, Eigentum, Freiheit und Frieden nach innen und außen zu sichern. Steuern, die anderen Zwecken dienen, werden als Raub bewertet und sollten deshalb abgeschafft werden. Manche Mises-Anhänger fordern unter Berufung auf [Murray Rothbard](#) sogar, dass an die Stelle staatlicher Gewalt (Militär und Polizei) private Sicherheitsdienste treten. Mises war überzeugt, dass staatliche Eingriffe in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben Fortschritt, Wohlstand und Frieden und damit auch die Freiheit jedes Einzelnen bedrohen.^[2] Thorsten Polleit, Vorsitzender des deutschen Mises Instituts, hat das Konzept einer Privatrechtsgesellschaft entwickelt, in der es überhaupt kein öffentliches Recht mehr gibt.^[3] Nach Hans-Hermann Hoppe, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Mises Instituts und Gründer der [Property and Freedom Society](#), bedroht die Demokratie die Freiheit: Der Staat verstoße gegen das natürliche Recht auf Privateigentum, indem er durch sein Monopol der Rechtsetzung und Rechtsprechung Gesetze erlasse, die das Privateigentum gefährden. Ohne Privateigentum aber sei die

Mises Institute

Rechtsform	diverse
Tätigkeitsbereich	Förderung der Ideen von Ludwig von Mises
Gründungsdatum	1973 (Mises Institute USA), 2001 (Mises Institute Europe), 2012 (Mises Institut Deutschland)
Hauptsitz	Auburn, Alabama/USA
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	mises.org misesde.org vonmisesinstitut-europe.org

Zerstörung der Zivilisation vorprogrammiert.^[4] Mises bekämpfte die Vertreter des deutschen Ordoliberalismus als eine weitere Variante des "Interventionismus" und Proto-Sozialismus.^[5] Der Philosoph Karl Popper kritisierte Ideologien, die den vollständigen Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft fordern, wie folgt: „Es gibt ideologische Anbeter des sogenannten „freien Marktes“, dem wir natürlich sehr viel verdanken, die glauben, dass solche Gesetzgebungen, die die Freiheit des freien Marktes beschränken, gefährliche Schritte auf dem Weg in die Knechtschaft sind. Das ist aber wiederum ideologischer Unsinn“.^[6]

Mises beklagte schon zu seiner Zeit das Ende des klassischen Goldstandards, den die Mises-Anhänger zurückhaben wollen. Thorsten Polleit, Vorsitzender des deutschen Mises Instituts, bezeichnete die Aufhebung der Bindung des Dollar an Gold durch den damaligen US-Präsidenten Nixon sogar als das Verbrechen von 1971.^[7] Nationale Währungen sollen grundsätzlich durch goldbasierte Privatwährungen ersetzt werden. Im Blog des Mises Institute USA wird sogar für die Einführung einer goldgestützten Deutschen Mark geworben.^[8]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Mises Institute for Austrian Economics, Inc., Auburn/Alabama (Mises Institute USA)	61
1.1 Präsident Jeff Deist als "Blut und Boden"-Ideologe	61
1.2 Organisation	61
1.3 Finanzen	62
2 Ludwig von Mises Institut Deutschland e.V., München (Mises Institut Deutschland)	63
2.1 Gründung	63
2.2 Goldmarketing über Diffamierung staatlicher Währungen	63
2.3 Verbreitung der Verschwörungsmymen des Globalismus	64
2.4 Prinzipielle Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen	64
2.5 Ablehnung von kartellbehördlichen Eingriffen	65
2.6 Gremien	65
2.7 Autoren	66
2.8 Referenten	67
2.9 Interviewpartner	67
2.10 Intransparente Finanzen	67
2.11 Institut für Austrian Asset Management (IfAAM)	67
2.12 Publizistische Unterstützung durch das Magazin "Smart Investor"	68
2.13 Dagmar Metzger und die AfD-Spendenaffäre	68
3 Ludwig von Mises Institute-Europe, Brüssel (Mises Institute Europe)	68
3.1 Struktur	69
3.2 Partner und Sponsoren	69
3.3 Finanzen	69
4 Madrider Universidad Rey Juan Carlos - Hort der Österreichischen Schule	69
5 Zitat	70
6 Weiterführende Informationen	70
7 Einzelnachweise	70

Mises Institute for Austrian Economics, Inc., Auburn/Alabama (Mises Institute USA)

Laut Jahresbericht 2019 strebt das Institut eine „free-market capitalist economy“ an sowie eine Wirtschaftsordnung ohne Steuern, Geldentwertung und ein Staatsmonopol für Sicherheitsdienstleistungen an („the Institute seeks a free-market capitalist economy and a private property order that rejects taxation, monetary debasement, and a coercive state monopoly of protective services“). Es fördert die Lehre und Forschung der Österreichischen Schule der Nationalökonomie ("Austrian School of Economics") in der Tradition von Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard.^[9] Rothbard entwickelte eine radikale Version des Libertarismus, die als „Anarchokapitalismus“ bezeichnet wird. Er lehnte jede Art von Regierung ab, betrachtete Staaten als organisiertes Banditentum und Steuern als Diebstahl in gewaltigem Ausmaß.^[10] Verfassungen sollten durch Verträge ersetzt werden.

Das Institut bietet Studierenden weltweit Stipendien, Publikationsmöglichkeiten in wissenschaftlichen Zeitschriften, die Teilnahme an Konferenzen sowie die Nutzung von Bibliotheken an. Zu den Veranstaltungen gehören die Summer School „Mises University“ und die Kurse der "Mises Graduate School" zum Erwerb eines online-Master of Arts in Austrian Economics. Insgesamt hat Institut über 10.000 Studierende an über 1.000 Colleges und Universitäten finanziell unterstützt. Es hat außerdem über 1.000 Konferenzen und Seminare organisiert, Tausende von Artikeln publiziert und eine Vielzahl von Büchern herausgegeben. Es gibt die folgenden Zeitschriften heraus: "The Austrian", "The Quarterly Journal of Austrian Economics" und "The Journal of Libertarian Studies". Regelmäßig stattfindende Konferenzen sind "The Austrian Economic Research Conference" und "The Libertarian Scholars Conference". Kurzartikel zu aktuellen Themen sind bei [Mises Wire](#) abrufbar.

Präsident Jeff Deist als "Blut und Boden"-Ideologe

„Blut und Boden“, das zentrale Schlagwort der NS-Ideologie, wird inzwischen auch von US-Neonazis und der [Alt-right alt-right](#)-Bewegung verwendet.^[11] Jeff Deist, Präsident des Mises Institute, beendet seinen Vortrag „For a New Libertarian“ bei der Mises Academy 2017 mit dem Hinweis, dass Blut und Boden, Gott und Volk, immer noch von Bedeutung sind: „In other words, blood and soil and God and nation still matter to people. Libertarians ignore this at the risk of irrelevance.“^[12] Der Wortlaut des Vortrags war im Februar 2022 immer noch auf der Webseite des Mises Institute abrufbar.

Organisation

Letende Personen sind:

- [Lewellyn H. Rockwell](#), Gründer und Vorsitzender, ehem. Stabschef des libertären Politikers Ron Paul
- [Jeff Deist](#), Präsident, langjähriger Berater und Stabschef des libertären Politikers Ron Paul, Referent bei Jahrestagungen der [Property and Freedom Society](#)
- Patricia O. Barnett, Generalsekretärin
- Ron Paul, Mitglied des Verwaltungsrats (Board), ehem. Abgeordneter als Republikaner im Repräsentantenhaus, war Präsidentschaftskandidat für die Libertarian Party und die Republikaner

Fellows sind u.a.: Hans-Hermann Hoppe (Senior Fellow), Jesus Huerta de Soto (Senior Fellow), Jörg Guido Hülsmann (Senior Fellow), Philipp Bagus (Fellow) und Thorsten Polleit (Associated Fellow), die beim Mises Institut Deutschland aktiv sind.

Mitglieder: Die „Society And Club Members“ werden im Annual Report 2022 genannt.

Beschäftigte und Personalausgaben: Die Zahl der Beschäftigten wurde für 2019 mit 30 angegeben.^[13] Die Personalkosten für leitende Angestellte lagen 2019 bei 584 Tsd. Dollar, für sonstige Beschäftigte bei 1,3 Mio Dollar. Präsident Rockwell erzielte 2019 ein Jahreseinkommen von über 300 Tsd. Dollar.

Finanzen

Die Erlöse des Instituts betrugen im Jahr 2022 ca. 8,6 Mio. Dollar, die Ausgaben ca. 6,2 Mio. Dollar und das Vermögen ca. 47,4 Mio. Dollar.^[14] Zum Vermögen gehören auch Edelmetalle und Anteile an gold- und silberbasierten Investmentfonds, die größtenteils aus Spenden stammen. Gespendet wurden Gold- und Silberbarren, Münzen und Münzsammlungen sowie ETF-Fonds, die das Mises Institute meist nicht weiterveräußert.^[15] Spender sind Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen.

Es gibt die folgenden „Donors Societies“, deren Mitglieder sich verpflichten, lebenslang insgesamt einen bestimmten Mindestbetrag zu spenden.^[16] Nachfolgend werden die Gesellschaften und die lebenslange Mindestspende in Dollar genannt:

- Menger Society - 50.000
- Hayek Society - 100.000
- Hazlitt Society - 250.000
- Rothbard Society - 500.000
- Mises Society - 1.000.000

Spender, die das Institut als Erben einsetzen sind "Members of Our Libertas Club".

2022 gehörten zu den Spendern die folgenden Stiftungen:

- Fidelity Investments Charitable Gift Fund, Spende über ca. 405.000 Dollar^[17]
- Story Garschina Foundation, Spende über 200.000 Dollar^[18]
- Lowndes Foundation, Spende über ca. 50.000 Dollar^[19]

2021 gehörten zu den Spendern die folgenden Stiftungen:

- Story Garschina Foundation, Spende über 200.000 Dollar^[20]
- The Kind Life Foundation, Spende über 200.000 Dollar^[21]
- Denver Foundation, Spende über ca. 27.000 Dollar^[22]
- Chase Foundation of Virginia über 10.000 Dollar^[23]

[Kenneth Garschina](#), Gründer und Inhaber des Hedgefonds "Mason Capital Management, LLC" und Mitglied der Mises Society, gehört zu den Großspendern des Instituts. Über seine Story Garschina Foundation spendete er 2020 300 Tsd. Dollar und 2021 und 2022 je 200 Tsd. Dollar. Das Institut verleiht die „Kenneth Garschina Prizes at the Austrian Economics Research Conference“.

Ludwig von Mises Institut Deutschland e.V., München (Mises Institut Deutschland)

Das deutsche Mises Institut ist eine Interessenvereinigung und Denkfabrik libertärer Goldhändler und Vermögensberater aus dem Umfeld des 2021 verstorbenen Milliardärs [August von Finck](#), der in der Vergangenheit mehrfach durch hohe Parteispenden und die Unterstützung rechter oder konservativer Parteien und Organisationen aufgefallen ist. Es gibt Indizien für die indirekte Förderung der AfD durch von Finck.^{[24][25][26]} Der Euro-Skeptiker von Finck hat auch die Kosten für Gutachten prominenter Professoren - wie z.B. Hans-Werner Sinn - übernommen, mit deren Hilfe der Rechtsanwalt und CSU-Politiker Gauweiler beim Bundesverfassungsgericht gegen die Rettungsschirme für Griechenland und den Euro vorgeing.^[27] Wissenschaftlich unterstützt wird das Institut von Ökonomen und Philosophen, die ganz überwiegend in der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und/oder der [Mont Pelerin Society](#) organisiert sind. In seinem Umfeld betätigen sich auch ehemalige AfD-Mitglieder und Personen, die bei der AfD Vorträge hielten. Einige Aktivisten des Instituts sind Mitglied des Redaktionsbeirats und Autoren des rechtslibertären Magazins "eigentümlich frei", zu dessen Großsponsoren (über Werbeanzeigen) die beiden Finck-Unternehmen Degussa Goldhandel GmbH und der Finanzdienstleister „Vermögensmanufaktur“ (VM Vermögensmanagement GmbH) gehören.^[28] Weitere Werbetreibende sind das Mises Institut Deutschland, die [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und die Klimaleugnerorganisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE). André Lichtschlag, dessen Verlag "eigentümlich frei" herausgibt, ist Mitglied des radikalen libertären Elitenetzwerks [Property and Freedom Society](#).^[29]

Das deutsche Mises Institut steht in enger Kooperation mit dem Mises Institute USA und mit vielen anderen Mises Instituten in aller Welt.^[30] Es ist nicht in das EU Transparenzregister eingetragen.

Gründung

Als erster Vorstand des neu gegründeten Mises Instituts ist Gerhard Bruckmeier am 10. August 2012 in das Handelsregister eingetragen worden. Bruckmeier, Geschäftsführer der Dr. Kleeberg & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, ist Mitglied des Aufsichtsrats des Finck-Unternehmens Oppmann Immobilien AG und war Aufsichtsratsvorsitzender der Finck-Unternehmen AMIRA Verwaltungs AG und der Nymphenburg Immobilien AG.^[31] Im Oktober 2012 trat das Ludwig-von-Mises-Institut Deutschland an die Öffentlichkeit mit Sitz in der Residenz der Degussa Goldhandel GmbH in München.^[32] Am 08.11.2021 schied Bruckmeier als Vorstand aus und wurde durch die Vorstandsmitglieder Thorsten Polleit, Andreas Marquart, Stephan Ring und Werner Schätzler ersetzt. Thorsten Polleit, der sich als Präsident bezeichnet, ist Chefökonom des Finck-Unternehmens Degussa Goldhandel GmbH. Auch die weiteren Vorstandsmitglieder Stephan Ring und Werner Schätzler waren/sind in Unternehmen der Degussa-Goldhandels GmbH sowie anderen Finck-Unternehmen aktiv (vgl. Vorstand). Das vierte Vorstandsmitglied Andreas Marquart bezeichnet sich als Honorar-Finanzberater, der auf seiner Webseite die Marktentwicklung von Gold erläutert.^[33] Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich auch Marquart im Goldhandel betätigt.

Goldmarketing über Diffamierung staatlicher Währungen

Im Degussa Marktreport (Redaktion: Thorsten Polleit) werden laufend polemische Kommentare zu den als „Fiatgeld“ bezeichneten staatlichen Währungen veröffentlicht. So wird im Report vom 26. August 2021 das folgende Zitat von Friedrich August von Hayek großflächig abgedruckt: „Mit der einzigen Ausnahme der 200 Jahre der Goldwährung haben praktisch alle Staaten der Geschichte ihr Monopol der Geldausgabe dazu

gebraucht, die Menschen zu betrügen und auszuplündern“. Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, erklärte auf der Jahreskonferenz 2014 des Mises Instituts Deutschland, das ungedeckte Papiergeld beschwöre ein System herauf, „in dem das Privateigentum zwar formal bestehen bleibt, in dem aber die Verfügungsrechte über das Privateigentum immer weiter eingeschränkt werden, ein System, das Elend und Chaos bringen wird“. ^[34] Polleit und Markus Krall, Hauptgeschäftsführer der Degussa Goldhandels GmbH sowie Vorsitzender der rechtslibertären [Atlas-Initiative](#), produzieren regelmäßig Videos für die Degussa Goldhandel GmbH, in denen Ängste vor staatlichen Währungen (z. B. Euro, Dollar und Pfund Sterling) und Zentralbanken geschürt werden. Diese Videos sind bei der Degussa Goldhandel GmbH abrufbar, die als Alternative Degussa Gold anbietet. ^[35] Im Degussa Marktreport wird wiederum für Veranstaltungen von Mises Deutschland geworben. ^[36] Andreas Marquardt, Honorar-Finanzberater und Vorstandsmitglied des Mises Instituts Deutschland, fordert im Blog des österreichischen Hayek-Instituts, dass die Zahlkraftgesetze abgeschafft und Gold und Silber von jeglicher Steuer befreit werden. ^[37]

Liane Bednarz und Christoph Giesa sind die Autoren des Buches „[Gefährliche Bürger](#)“, das 2015 erschienen ist. Bednarz ist hauptberuflich Rechtsanwältin bei der Kanzlei [Noerr](#) in München. Laut Süddeutscher Zeitung veranlasste Bednarz noch vor der Veröffentlichung des Buches beim Hanser-Verlag, Namen, Firmen und Begriffe aus ihrem eigenen Werk zu streichen, um Mandanten, potenzielle Mandanten und allgemein wichtige Personen nicht gegen die Kanzlei Noerr aufzubringen. ^[38] In einem Schreiben des Anwalts von Bednarz heiße es, Noerr habe als ihr Arbeitgeber sein Veto gegen eine Behandlung der Sachanleger-Branche eingelegt, so dass die betreffenden Passagen im Kapitel ‚Die Angstmacher‘ aus berufsrechtlichen Gründen zwangsläufig entfallen müssten. In ihrem Buch erzählten Bednarz und Giesa von einer Branche, in der ihren Recherchen nach dubiose Händler mit Rechtsdrill Finanzprodukte für verunsicherte Menschen anbieten. In ihrem Buch heiße es: "Sie sitzen nicht nur neurechten Phantasien des Untergangs des Abendlandes auf", sondern schüren auch "Vorbehalte gegen den (jüdischen) Zinskapitalismus". Gestrichen worden seien zum Beispiel die Namen „Thorsten Polleit“, „August von Finck“ und „Degussa Goldhandel“. Von Finck und Polleit seien laut Erstfassung interessiert daran, dass "das anlagefreudige Publikum immer eine Art Grundpanik verspürt und deshalb als gewissermaßen ‚sichere Investition‘ fleißig Gold, Silber und andere Edelmetalle kauft". Die beiden Männer profitierten so von der Angst, die die Neue Rechte verbreitet.

Verbreitung der Verschwörungsmythen des Globalismus

In einem Diskussionsbeitrag im Rahmen der Hayek-Tage 2021 verbreitete Präsident Thorsten Polleit die [Verschwörungsmythen](#) des „politischen Globalismus“, nach der die Menschen von einer zentralen Stelle, besetzt mit politischen Globalisten, gesteuert werden sollen. ^[39] Die politischen Globalisten firmierten bekanntlich unter dem Banner der „Elite von Davos“: Regierungsvertreter, ranghohe Bürokraten, Vertreter von supranationalen Institutionen, BigBusiness, BigPharma, BigBanking, BigTech, unterstützt von Wissenschaftlern und den Medien.

Prinzipielle Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen

Mises-Aktivisten halten den menschengemachten Klimawandel als für nicht erwiesen und empfehlen für den Fall, dass der Klimawandel doch relevante Auswirkungen haben sollte, sich einfach den neuen Verhältnissen individuell anzupassen: Die Teilnehmer einer Marktwirtschaft müssen sich keine Gedanken über die insgesamt zu erwartenden Klimaschäden und Anpassungskosten machen. Sie müssen lediglich versuchen, für ihr eigenes Leben geeignete Lösungen zu finden. Sie entscheiden sich nicht nach Maßgabe gesamtwirtschaftlicher Daten, sondern nach Maßgabe der Geldeinkommen und Geldkosten, die nach ihrem Dafürhalten mit verschiedenen Handlungsalternativen verbunden sind. ^[40] Jede Form staatlicher Klimapolitik ist nach den Theorien von Mises abzulehnen, weil sie als Intervention in das Marktgeschehen einen ersten

Schritt auf dem Weg in die Unfreiheit einer Zentralverwaltungswirtschaft darstellt. Die zu bevorzugende Alternative zu einer interventionistischen Klimapolitik gebe es: „Sie heißt Kapitalismus. Und sie braucht auch vor den Folgen der Erderwärmung nicht zu erzittern.“^[41] Bei dieser Sichtweise erübrigt es sich auch, die Wirksamkeit einzelner Klimaschutzmaßnahmen empirisch zu überprüfen. Eine Gruppe von Sozialwissenschaftler um Dieter Plehwe hat in einer im Juli 2021 erschienenen [Studie](#) die auf den Webseiten der Mises Institute seit dem Jahr 2020 erschienen Artikel zu den Themen „Climate change“ und „global warming“ ausgewertet. Danach ist die Zahl der Artikel zu den genannten Themen seit 2016 erheblich angestiegen. In den Artikeln werden am häufigsten Bedenken gegen staatliche Interventionen geäußert. Die Besteuerung von CO2 und der „Green New Deal“ sind vielfach diskutierte und abgelehnte Projekte. Der Weltklimarat IPCC und Klimawissenschaftler sind ein bevorzugtes Objekt der Kritik. Kritisiert werden auch Umweltschutz- und andere „kollektivistische“ Bewegungen einschließlich Unternehmen, die Verhaltensregeln für ihre Stakeholder befürworten. Weitere populäre Themen sind alternative Vorschläge, die auf der Idee der freien Marktwirtschaft und Eigentumsrechten basieren. Zu den Autoren, die am meisten im Mises Institute USA veröffentlichen, gehören Robert P. Murphy und Ryan Mc Maken. [Murphy](#) ist ein Veteran der Klimaleugner-Bewegung. Das deutsche Mises Institut organisierte im Jahr 2020 eine [Konferenz](#) zum Thema „Wie der Markt Umwelt und Ressourcen schützt“, auf der die Sicht der Klimaleugner und Verzögerer von Klimaschutzmaßnahmen präsentiert wurde.

Ablehnung von kartellbehördlichen Eingriffen

Zum Kartellrecht führt Philipp Bagus, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, in seinem auch bei Mises USA publizierten Artikel „Warum die ‚Austrians‘ keine Neoliberalen sind“, u.a. aus: „In direktem Zusammenhang zu diesen methodologischen Differenzen zwischen Wien und Chicago steht die gegensätzliche Ansicht über Wettbewerb. Während Chicagoer Wissenschaftler (aber auch Ordoliberalen) dazu tendieren, kartellrechtliche Gesetze zu befürworten und zu entwerfen, um die Realität näher an ihr Modell vom perfekten Wettbewerb heranzuführen, lehnen Österreicher Staatseingriffe in den dynamischen Marktprozess in dieser Form ab.“^[42]

Gremien

Vorstand (laut Eintrag im Handelsregister München, Stand: 08/2023)

- [Thorsten Polleit](#) (Präsident), Chefökonom des Finck-Unternehmens Degussa Goldhandel GmbH, Gründer der [Polleit & Riechert Investment Management](#), Adjunct Scholar am Mises Institute USA, Referent bei Jahrestagungen der [Property and Freedom Society](#), Honorarprofessor an der Universität Bayreuth, ist Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und hält auf deren Veranstaltungen regelmäßig Vorträge.^[43] Weiterhin ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Liberales Institut Zürich](#). Er vertritt die Meinung, dass der Staat ethisch-freiheitlich inakzeptabel ist und alle seine Tätigkeiten sich privatisieren beziehungsweise im Zuge freier Marktaktivitäten bereitstellen lassen.^[44] Polleit spricht wiederholt vom „Great Reset“, einer Verschwörungserzählung, nach der globale Eliten die Welt verändern wollen, indem sie den Kapitalismus abschaffen.^{[45][46]} Er gehört zu den Erstunterzeichnern eines [Appells](#) von Leugnern des menschengemachten Klimawandels, der an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerichtet ist. Laut „Capital“ machte sich der Trump-Fan Polleit unmittelbar nach dem Sturm auf das Capitol für den Versuch rechtsextremer Republikaner stark, die Bestätigung des Wahlsiegers Biden durch die Einrichtung einer „Sonderkommission“ zu verhindern.^[47] Polleit ist Autor und Interviewpartner der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“^[48] und Verfasser einer Vielzahl von Artikeln im rechtslibertären Magazin „eigentümlich frei“.^[49]

- Andreas Marquart, Honorar-Finanzberater über die [Marquart Austrian Consult UG \(haftungsbeschränkt\) & Co. KG](#), Referent beim Hayek-Club Hamburg^[50]
- Stephan Ring, Geschäftsführer der von Finck'schen Hauptverwaltung GmbH^[51], Mitglied des Verwaltungsrats der Aroma Finance I AG, Cham/Schweiz (ein weiteres Verwaltungsratsmitglied ist [Ernst Knut Stahl](#), die rechte Hand von [August von Finck](#))^[52], ehem. Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats der Custodia Holding AG, ehem. Geschäftsführer der [H. AKSTON Verlags GmbH](#), die libertäre Buchprojekte unterstützt
- Werner Schätzler, Mitglied des Verwaltungsrats des Finck-Unternehmens Degussa Goldhandel AG, Cham /Schweiz, Geschäftsführer der [H. AKSTON Verlags GmbH](#), die libertäre Buchprojekte unterstützt, ehem. Geschäftsführer der Degussa Goldhandel GmbH und der von Finck'schen Hauptverwaltung GmbH
- Andreas Tiedtke, Rechtsanwalt mit unternehmerischer Tätigkeit im Bereich Gewerbeimmobilien, Autor des rechtslibertären Magazins "eigentümlich frei"
- Peter Straubinger, Mitglied der Geschäftsleitung der Finck-Holding Substantia AG, München

Wissenschaftlicher Beirat

- [Philipp Bagus](#), Professor an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid, Verwaltungsratspräsident der schweizerischen [Elementum International AG](#), Fellow des Mises Institute USA, Mitglied der [Property and Freedom Society](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), der [Mont Pelerin Society](#) und des Akademischen Beirats des [Liberales Institut Zürich](#), Weiterhin ist er Experte der AfD bei Anhörungen in Bundestagsausschüssen zu Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik^{[53][54][55]}
- [David Dürr](#), Rechtsanwalt und Notar (Dürr + Partner), Präsident und Verwaltungsratsmitglied diverser Schweizer Unternehmen^[56], Initiator der No-Billag-Initiative zur Abschaffung der Gebühren für Radio und Fernsehen in der Schweiz, Referent bei der Jahrestagung 2019 der [Property and Freedom Society](#), Referent beim Hayek-Club Zürich, bis 2017 Professor für Privatrecht und Rechtstheorie an der Universität Zürich
- Hans-Hermann Hoppe, Distinguished Fellow des Mises Institute USA, Gründer der [Property and Freedom Society](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)^[57], Mitglied des Redaktionsbeirats der rechtslibertären Monatsschrift "eigentümlich frei", ehem. Professor für Volkswirtschaft an der Universität von Nevada
- [Guido Hülsmann](#), Professor an der Universität von Angers/Frankreich, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Senior Fellow des Mises Institute USA, Vizepräsident der [Property and Freedom Society](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Liberales Institut Zürich](#), Wissenschaftlicher Berater des [Austrian Institute](#), Mitglied des Redaktionsbeirats der rechtslibertären Monatsschrift "eigentümlich frei"
- Rolf W. Puster, Professor für Philosophie an der Universität Hamburg, Referent beim Hayek-Club Hamburg^[58]

Autoren

Die Autoren des Mises Institut Deutschland sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Claudio Grass](#), [Edelmetallberater](#), Botschafter des Mises Institute USA
- Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute (Muttergesellschaft: [Vermögensberatung Flossbach von Storch AG](#), die 2021 431.452 Euro an die FDP gespendet hat), Autor des Mises Institute USA, Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und ehem. Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), ehem. Chefvolkswirt der [Deutsche Bank](#), Klimaskeptiker^[59]

- [Gerd Habermann](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Mises Institute Europe, Initiator und Sekretär der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Vorstandsvorsitzender der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ordnungspolitischer Berater der [Die Familienunternehmer - ASU](#), deren Unternehmerinstitut er bis 2010 geleitet hat. Weiterhin ist er Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Frank Schäffler](#), Abgeordneter des Deutschen Bundestags (FDP), Gründer von [Prometheus](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Stiftungsrat der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Autor des rechtslibertären Magazins "eigentümlich frei"
- [Gunther Schnabl](#), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, der eine Mises-Hayek-Position vertritt^[60], Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Senior Fellow des Flossbach von Storch Research Institute, Autor des Mises Institute USA, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Mitglied des Akademischen Beirats des [Liberalen Instituts Zürich](#)
- [Roland Stöferle](#), Managing Partner und Investment Manager bei der Incrementum AG, der [Incrementum Liechtenstein AG](#), Gründer von Austrian Economics Analytics OG, Publikation von „in Gold we Trust“-Studien, Autor des Mises Institute USA
- [Mark J. Valek](#), Managing Partner und Investment Manager bei der Incrementum AG, der [Incrementum Liechtenstein AG](#), Gründer von Austrian Economics Analytics OG, Publikation von „in Gold we Trust“-Studien
- [Klaus Peter Krause](#), Mitglied der AfD und stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), ehem. FAZ-Redakteur

Referenten

- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo-Instituts, hielt am 10.12.2020 einen Vortrag zum Thema: „Das Klimaproblem und die deutsche Energiewende“ am 10. Dezember 2020^[61]

Interviewpartner

Markus Krall, Initiator der [Atlas-Initiative](#), war am 02.08.2023 Gast beim Mises-Podcast [Momente](#) und äußerte sich dort zum Thema „Der Untergang des Euro“. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat Krall seit Jahren Verbindungen in die Szene der Reichsbürger - bis hin zu mutmaßlichen Terroristen.^[62]

Intransparente Finanzen

Laut [Satzung](#) erhebt der Verein von den stimmberechtigten Mitgliedern keinen Beitrag (§ 5). Fördernde Mitglieder geben bei Eintritt den von ihnen zu zahlenden Beitrag nach ihrer eigenen Wahl an. Sie können den zukünftigen Beitrag durch einfache Erklärung verändern. Das Institut finanziert sich nach dem [Jahresbericht 2017](#) ausschließlich durch freiwillige Spenden und Zuwendungen. Über die Höhe des Jahresbudgets sowie die Unterstützer und Sponsoren gibt es auf der Webseite und in den Jahresberichten keine Hinweise.

Institut für Austrian Asset Management (IfAAM)

Das 2009 gegründete [Institut für Austrian Asset Management](#) mit Sitz in Hamburg ist eine dem deutschen Mises Institut ideologisch nahestehende Organisation, die Vermögensberatung, Finanzmarktanalysen, Veranstaltungen sowie Seminare und Workshops anbietet. Gründer der Instituts ist der Vermögensberater Steffen Krug, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) Hamburg, der vom Mises Institut

Deutschland laufend interviewt wird.^[63] Links des Instituts verweisen u.a. auf: [Atlas-Initiative](#), Mises Institut Deutschland, eigentümlich frei, Partei der Vernunft, Lew Rockwell (Gründer des Mises Institute USA), Stoeferle & Valek, [Zivile Koalition](#) (Vorstand: Beatrix von Storch/AfD). Das Institut verleiht jährlich den Roland Baader Preis (Preisträger 2018: Lew Rockwell, Gründer von Mises USA, Preisträger 2020: Markus Krall, Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH und Vorsitzender [Atlas-Initiative](#), Preisträger 2013: Peter Boehringer, Vermögensberater, seit 2017 AfD).^[64] Steffen Krug hielt 2018 einen Vortrag bei der libertären Kleinpartei "Partei der Vernunft" zur EU-Wahl.^[65] 2017 war Krug Moderator einer Veranstaltung der AfD Berlin zum Thema „Das Geldsystem, Gold & Bitcoin“.^[66]

Publizistische Unterstützung durch das Magazin "Smart Investor"

Im [Smart Investor - Das Magazin für den kritischen Anleger](#) wird regelmäßig über die Österreichische Schule und die Aktivitäten des Mises-Instituts berichtet. In der Ausgabe 11/2023 war dessen Jahreskonferenz ein Thema, auf der u.a. die Kandidatur des rechtslibertären argentinischen Präsidentschaftskandidaten Javier Milei erörtert wurde, „einen Libertären, wie er im Buche der Österreichischen Schule steht.“ Chefredakteur Ralf Flierl, der Veranstaltungen des Instituts moderiert^[67], drückte Milei die Daumen. Das Institut für Austrian Management (IfAAM) verlieh Flierl 2023 den Roland Baader-Preis.^[68]

Dagmar Metzger und die AfD-Spendenaffäre

[Dagmar Metzger](#) ist Inhaberin der PR-Agentur [Wordstatt GmbH](#), die Pressekontakte zum deutschen Mises Institut herstellt, zu dessen Autorinnen sie gehört.^[69] Eine weitere Kundin der [Wordstatt GmbH](#) ist die Degussa Goldhandel GmbH.^[70] Metzger ist Initiatorin und Veranstalterin der [Münchner Wirtschaftsgespräche](#), an denen Mises-Aktivistinnen und Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) teilnehmen. Im Jahr 2015 stellte Peter Boehringer, damals Vorstand der deutschen Edelmetallgesellschaft, seit 2015 Mitglied der AfD und aktuell haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, bei den Münchner Wirtschaftsgesprächen sein neues Buch: „Holt unser Gold heim – der Kampf um das deutsche Staatsgold“ vor. Über Veranstaltungen der Münchner Wirtschaftsgespräche wird im [Degussa Marktreport](#) berichtet.

Metzger war bis 2014 Pressesprecherin der AfD. Die [Wordstatt GmbH](#) und Metzger spielten eine zentrale Rolle in der AfD-Spendenaffäre, in die auch Ernst Knut Stahl, Geschäftsführer der Finckschen Vermögensverwaltung involviert gewesen sein soll.^{[71][72]} Nach Angaben der ehemaligen AfD-Politikerin Frauke Petry pflegte Metzger enge Kontakte zu Ernst Knut Stahl, der auch im Privathaus von Metzger zu Gast gewesen sei.^[73]

Ludwig von Mises Institute-Europe, Brüssel (Mises Institute Europe)

Das 2001 gegründete Ludwig von Mises Institute-Europe (Mises Institute Europe) bezeichnet sich als Denkfabrik, die sich mit dem Austausch und der Förderung der grundsätzlichen Ideen und Verdienste des klassischen Liberalismus mit einem besonderen Fokus auf die Österreichische Schule beschäftigt.^[74] Das Institut versteht sich als Schnittstelle zwischen Top-Akademikern, leitenden Führungskräften aus der Wirtschaft, prominenten Journalisten und hochrangigen Politikern aus Europa. Es organisiert Konferenzen, Symposien, Diskussionen, Dinner- und Lunch-Gespräche sowie Austauschprogramme für Nachwuchskräfte. Außerdem wurden drei Publikationen erstellt.^[75] Mises Institute Europe ist in das EU Transparenzregister eingetragen. Gemessen am Budget und den Aktivitäten scheint das europäische Mises Institut unter den Mises-Instituten eine unterdurchschnittliche Bedeutung zu haben.

Struktur

Vorstand

- Präsidentin: [Annette Godard-vander Kroon](#), Juristin, Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und ehem. Mitglied des Beirats der V.Z.O. (Vereniging Zelfstandige Ondernemers)
- Schatzmeister: Filip Smeets, Bereichsleiter des Sicherheitsdienstes Seris Security, Luxemburg
- [Jesus Huerta de Soto](#), Professor an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid, Senior Fellow des Mises Institute USA und Autor des Mises Institute Deutschland, Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Marc Cool, Professor an den Universitäten Gent und Brüssel
- Jesús Huerta de Soto, Universität Rey de Carlos, Spanien
- Ulrike Haug, Direktorin des Beratungsunternehmens Sempere Avanti

Beirat, Wissenschaftlicher Beirat, High Patrons und Ehrenmitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehörten:

- [Hardy Bouillon](#) (Beirat), Professor an der privaten Online-Universität Swiss Management Centre und außerplanmäßiger Professor an der Uni Trier, Adjunct Scholar des Mises Institute USA, Fellow an der [Liechtenstein Academy](#), Mitglied des Redaktionsbeirats der rechtslibertären Monatsschrift eigentümlich frei
- [Gerd Habermann](#) (Wissenschaftlicher Beirat), Autor des Mises Instituts Deutschland, Initiator und Sekretär der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) sowie Vorstandsvorsitzender der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ordnungspolitischer Berater der [Die Familienunternehmer - ASU](#), deren Unternehmerinstitut er bis 2010 geleitet hat. Weiterhin ist er Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Alexander Graf Lambsdorff](#) (High Patron), FDP-Politiker, deutscher Botschafter in Russland
- Prinz Philipp von und zu Liechtenstein (Ehrenmitglied), Vermögensberater, Mitglied des Vorstands der Denkfabrik [European Center of Austrian Economics Foundation](#)

Partner und Sponsoren

Partner sind u.a.: Mitsubishi United Financial Group, [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#), European Entrepreneurs, [Atlas Network](#). Von Partnern werden auch Veranstaltungen gesponsert.^[76]

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister betrug das Gesamtbudget im Jahr 2020 2.233 Euro, wovon 1.470 Euro auf Mitgliedsbeiträge und 763 Euro auf sonstige Einnahmen entfielen. Einzige Beschäftigte ist die Präsidentin Annette Godard-van der Kroon (Vollzeitäquivalent: 0,2)

Madrider Universidad Rey Juan Carlos - Hort der Österreichischen Schule

Die Madrider Universidad Rey Juan Carlos (URJC), die als Kaderschmiede für konservative Nachwuchspolitiker gilt, geriet 2018 in die Schlagzeilen, weil sie Hunderte falscher Master-Titel vergeben hatte.^[77] Mit ihrer Faculty of Political Economy hat sich die URJC zu einem Hort der Österreichischen Schule entwickelt, zu deren Vertretern Ludwig von Mises, Murray Rothbard und [Friedrich August von Hayek](#) gehören.

^[78] Seit 2007 kann dort sogar ein [Master in Wirtschaftswissenschaften an der Österreichischen Schule](#) erworben werden. Dies hat dazu beigetragen, dass die Österreichische Schule nicht nur in Spanien sondern auch in Lateinamerika populär geworden ist. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess hat [Jesus Huerta de Soto](#) gespielt, Senior Fellow des Mises Institute USA, Autor des deutschen Mises Instituts, Vorstandsmitglied des Mises Institute Europe, Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und Master-Direktor für das Studienfach Österreichische Schule.^[79] Einer seiner Schüler ist Philipp Bagus, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Mises Instituts, Fellow des Mises Institute USA und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#). Die Universidad Rey Juan Carlos und die Technische Hochschule Lübeck organisieren jährlich eine „Madrid Conference On Austrian Economics“, die u. a. von der Degussa Goldhandel GmbH gesponsert wird.^[80]

Zitat

Die Theorie „des Marktes“, die Mises entworfen hat, ist damit ein eigenartiges Zwitterwesen: Sie stellt ein Glaubenssystem dar, das empirisch weder widerlegt (falsifiziert) noch bestätigt (verifiziert) werden kann. Sie will „den Markt“ durchsetzen, kann aber - selbst wenn ihr dies z. B. mittels einer von ihr betriebenen Politik gelingt - nicht sagen, ob und in welchem Ausmaß sie dabei erfolgreich war, weil jedes geschichtliche Ergebnis dem dualen Raster von „Markt“ und „Nicht- Markt“ zuzuordnen ist.

Quelle: ^[81]

Weiterführende Informationen

- Gerhard Förster: Auf den Spuren des Libertarismus Was hat Steve Bannon mit Ludwig von Mises zu tun? (Working Paper WP19-01) 2019
- [CSSN Research Report 2021:2: The Mises Institute Network and Climate Policy. 9 Findings](#)
- [Neoliberal radicalizations or the crumbling of the edifice? Part I](#)
- [Neoliberal radicalizations or the crumbling of the edifice? Part II](#)
- [Walter Otto Ötsch/Stephan Püringer: Marktfundamentalismus als Kollektivgedanke - Mises und die Ordoliberalen August 2018,](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Neoliberal radicalizations or the crumbling of the edifice? Part II](#), thinktanknetworkresearch.net, abgerufen am 30.09.2021
2. ↑ [Ludwig von Mises Institut Deutschland](#), misesde.org, abgerufen am 24.08.2021
3. ↑ [Die Neuauflage der marxistischen „Verelendungstheorie“: Klimawandel und Corona](#), misesde.org vom 07.05.2021, abgerufen am 27.08.2021
4. ↑ [Freiheit statt Demokratie](#), wiwo.de vom 27.09.2015, abgerufen am 27.09.2021
5. ↑ Michael R. Krätke: Ludwig von Mises, in: ABC zum Neoliberalismus, Hrsg. H.-J. Urban, Hamburg 2006, S. 156
6. ↑ Karl R. Popper: Alles Leben ist Problemlösungen, München 1994, S. 259
7. ↑ [Thorsten Polleit „Krall & Polleit Direkt“ - Das Verbrechen von 1971](#), youtube.com vom 06.08.2021, abgerufen am 25.08.2021
8. ↑ [The World Needs a Gold-Back Deutsche Mark](#), mises.org vom 12.02.2021, abgerufen am 25.08.2021
9. ↑ [What is the Mises Institute](#), mises.org, abgerufen am 27.11.2023
10. ↑ Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie, Berlin 2023, S. 150

11. ↑ „Blood and soil“: Protesters chant Nazi slogan in Charlottesville, edition.cnn.com vom 12.08.2017, abgerufen am 10.02.2022
12. ↑ For a New Libertarian, mises.org vom 28.07.20217, archiviert bei web.archive.org, abgerufen am 10.02.2022
13. ↑ Ludwig von Mises Institute 2019 Form 990, cdn.mises.org vom 30.10.2020, abgerufen am 06.09.2021
14. ↑ Annual Report 2022, cdn.mises.org, abgerufen am 28.11.2023
15. ↑ Annual Report 2020, cdn.mises.org, abgerufen am 06.09.2021
16. ↑ Donor Societies, mises.org, abgerufen am 29.11.2023
17. ↑ Ludwig Von Mises Institute for Austrian Economics, causeiq.com, abgerufen am 27.11.2023
18. ↑ Story Garschina Foundation, projects.propublica.org, abgerufen am 27.11.2023
19. ↑ Lowndes Foundation Inc, projects.propublica.org, abgerufen am 27.11.2023
20. ↑ Story Garschina Foundation, projects.propublica.org, abgerufen am 29.11.2023
21. ↑ The Kind Life Foundation, causeiq.com, abgerufen am 27.11.2023
22. ↑ Denver Foundation, projects.propublica.org, abgerufen am 27.11.2023
23. ↑ Chase Foundation of Virginia, projects.propublica.org, abgerufen am 27.11.2023
24. ↑ Hintergrundpapier September 2017, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.09.2021
25. ↑ Spur führt zu Milliardär von Finck, woz.ch vom 23.11.2018, abgerufen am 31.08.2021
26. ↑ So verworren ist das Firmenimperium des geheimnisvollen Milliardärs, der die AfD unterstützt haben soll, businessinsider.de vom 27.11.2018, abgerufen am 31.08.2021
27. ↑ Mehr als elf Millionen für Gauweiler. sueddeutsche.de vom 25.03.2021, abgerufen am 03.09.2021
28. ↑ Porträt „eigentümlich frei“, in: Neue Rechte und die AfD, August 2021, diss-duisburg.de, abgerufen am 09.09.2021
29. ↑ [https://es-mx.fievent.com/e/hayek-gesprache-andre-f-lichtschlag-die-neue-medienteilung/4119593.amp Hayek-Gespräche, es-mx.fievent.com vom 16.09.2016, abgerufen am 02.10.2021
30. ↑ Willkommen beim Mises Institut Deutschland, misesde.org, abgerufen am 03.09.2021
31. ↑ Profil, marketscreener.com, abgerufen am 27.08.2021
32. ↑ Degussa und die Antidemokratie, andreaskemper.org vom 05.05.2020, abgerufen am 27.08.2021
33. ↑ Niedergang des Goldpreises?, [http://wdt31x807.homepage.t-online.de vom 05.03.2021, abgerufen am 27.08.2021
34. ↑ „Ist das Papiergeld noch zu retten?“, misesde.org, abgerufen am 21.09.2021
35. ↑ Degussa Goldhandel GmbH, youtube.com, abgerufen am 25.08.2021
36. ↑ Degussa Marktreport 26.09.2019, abgerufen am 26.08.2021
37. ↑ Craskurs Geld, hayek-institut.at ohne Datumsangabe. abgerufen am 27.08.2021
38. ↑ Angst ist Gold, sueddeutsche.de vom 26.10.2016
39. ↑ Die Chinasierung des Westens, Hayek-Tage 10.-11.September 2021, web.archive.org, abgerufen am 30.12.2021
40. ↑ Jörg Hülsmann: Politische Ökonomie des Klimawandels, Konferenz am 10.10.2020, misesde.org, abgerufen am 24.09.2021
41. ↑ Jörg Hülsmann: Politische Ökonomie des Klimawandels, Konferenz am 10.10.2020, misesde.org, abgerufen am 24.09.2021
42. ↑ Warum die „Austrians“ keine Neoliberalen sind, mises.de vom 20.09.2021, abgerufen a, 04.12.2023
43. ↑ Die EZB auf den Spuren der Reichsbank, youtube.com vom 09.07.2020, abgerufen am 06.08.2021
44. ↑ Thorsten Polleit: Bargeldverbot und digitales Zentralbankgeld, ecaef.org vom 20.05.2022, abgerufen am 17.09.2022
45. ↑ Lassen Sie sich keine Angst machen!, wiwo.de vom 06.04.2023
46. ↑ Das Geld der politischen Globalisten, thorstenpolleit.com, abgerufen am 07.08.2023

47. ↑ [Die deutschen Trumpisten haben nichts dazu gelernts](#), capital.de vom 06.08.2021, abgerufen am 06.08.2021
48. ↑ [Nur Bargeld ist Freiheit](#), jungefreiheit.de vom 20.06.2022, abgerufen am 01.08.2022
49. ↑ [Artikel von Thorsten Polleit](#), ef-magazin.de, abgerufen am 01.08.2022
50. ↑ [Gedrucktes Geld, zerstörte Umwelt 06.05.2021](#), hayek.de, abgerufen am 27.08.2021
51. ↑ [von Finck'sche Hauptverwaltung GmbH](#), companyhouse.de, abgerufen am 26.08.2021
52. ↑ [Aroma Finance I AG](#), monetas.ch, abgerufen am 26.08.2021
53. ↑ [Lieferkettengesetz stoppen!](#), afdbundestag.de, abgerufen am 04.10.2021
54. ↑ [Artikel aus der FAZ vom 07.06.2019](#), bruno-hollnagel.de, abgerufen am 05.10.2021
55. ↑ [Zweiter Nachtragshaushalt 2020](#), bundestag.de vom 29.06.2020, abgerufen am 05.10.2021
56. ↑ [David Dürr](#), business-monitor.ch, abgerufen am 27.08.2021
57. ↑ [Hans-Hermann Hoppe](#), yaliberty.org, abgerufen am 27.08.2021
58. ↑ [Hayek-Club Hamburg](#), hayek.de vom 05.10.2020, abgerufen am 27.08.2021
59. ↑ [Warum wir uns auf den Kampf gegen den Klimawandel versteifen](#), welt.de vom 30.08.2020, abgerufen am 09.2021
60. ↑ [The Failure of ECB Monetary Policy from a Mises-Hayek Perspective](#), cesifo.org, abgerufen am 08.09.2021
61. ↑ [Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Das Klimaproblem und die deutsche Energiewende](#), misesde.org vom 14.12.2020, abgerufen am 03.09.2021
62. ↑ [Werteunion Der Mann an seiner Seite](#), sueddeutsche.de vom 22.01.2024, abgerufen am 22.01.2024
63. ↑ [Steffen Krug](#), misesde.org vom 11.09.2021
64. ↑ [10. Hamburger Mark Banco Anlegertagung](#), ifaam-institut.de, abgerufen am 11.09.2021
65. ↑ [Due euro-Katastrophe](#), youtube.com, abgerufen am 11.09.2021
66. ↑ [DIE AFD UND BITCOIN. WENN NICHT POLITISCHES GELD POLITISCH WIRD](#), coinsmpondent.de vom 30.01.2017, abgerufen am 11.09.2021
67. ↑ [Konferenzbericht](#), mises.org vom 19.10.2020, abgerufen am 04.12.2023
68. ↑ [Ralf Flierl erhält RB-Auszeichnung](#), ifaam-institut.de, abgerufen am 04.12.2023
69. ↑ [Zentralbanken heizen die Nachfrage nach Kryptowährungen an](#), tagesspiegel.de vom 26.06.2017, abgerufen am 30.08.2019
70. ↑ [Die 760.000.000.000 Euro Lücke](#), boerse-online.de vom 14.09.2015
71. ↑ [Verdeckte AfD-Unterstützung](#), spiegel.de vom 23.11.2018, abgerufen am 30.08.2021
72. ↑ [Die Schatten-Finanzierung der AfD: Fragen und Antworten](#), lobbycontrol.de vom 29.11.2018, abgerufen am 30.08.2021
73. ↑ [Frauke Petry: AfD-Spitzenpolitiker „nicht mehr Herr ihres Handelns“](#), t-online.de vom 15.06.2021
74. ↑ [Ludwig von Mises Institute - Europe](#), ec.europa, abgerufen am 31.08.2021
75. ↑ [Ludwig von Mises Institute-Europe](#), vonmisesinstitute-europe.org, abgerufen am 31.08.2019
76. ↑ [Cross-Border Business](#), vonmisesinstitute-europe.org, abgerufen am 01.09.2021
77. ↑ [Master-Titel im Sonderangebot](#), taz.de vom 01.10.2018, abgerufen am 29.09.2021
78. ↑ [The Austrian School of Madrid](#), springer.com vom 26.01.2021, abgerufen am 28.09.2021
79. ↑ [Jesus Huerta de Soto](#), jesushuertadesoto.com, abgerufen am 29.09.2021
80. ↑ [5th Annual Conference On Austrian Economics](#), masterescuelaaustriaca.es, abgerufen am 28.09.2021
81. ↑ [Walter Otto Ötsch/Stephan Püringer: Marktfundamentalismus als Kollektivgedanke - Mises und die Ordoliberalen August 2018](#), econstar.eu, abgerufen am 03.09.2021

European Resource Bank

Unter der Bezeichnung **European Resource Bank** koordinieren US-amerikanische und europäische Organisationen, die eine freie Marktwirtschaft propagieren, ihre Aktivitäten. Angestrebt werden niedrige Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener sowie ein Abbau des Sozialstaats und der Umweltstandards.

European Resource Bank

[[Bild:<datei>|center]]

Hauptsitz <text>
Gründung 2003
Tätigkeitsbereich Koordinierung der Aktivitäten neoliberaler Organisationen
Mitarbeiter <text>
Etat <text>
Webadresse resourcebank.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	73
2 Kooperationen	74
2.1 Bund der Steuerzahler	74
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	74
4 Einzelnachweise	75

Kurzdarstellung und Geschichte

European Resource Bank ist der größte Jahreskongress von "free market think-tanks" in Europa. Die Teilnehmer kommen aus Europa und den USA. Vorbild ist das Resource Bank-Treffen, das von der **Heritage Foundation** in den USA organisiert wird und das Liberty Forum, das von der **Atlas Economic Research Foundation** organisiert wird. Initiatoren waren Pierre Gallo, Barbara Kolm (Präsidentin des **Austrian Economics Center** (AEC) und des österreichischen Hayek Instituts), Wolfgang Müller (Generalsekretär des Klimaleugner-Instituts **EIKE** und Vorstandsmitglied des **Institut für Unternehmerische Freiheit**) und Hardy Bouillon (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit** und Beiratsmitglied des **Ludwig von Mises Institute Europe**)^[1] Gastgeber der Jahreskongresse ist jeweils eine europäische Organisation, die in Abstimmung mit den oben genannten „historischen“ Mitgliedern das Programm gestaltet. Die Treffen dienen dem Ideenaustausch der wirtschaftsliberalen und libertären Teilnehmer und der Entwicklung gemeinsamer Strategien. Darüber hinaus werden die beteiligten Personen und Organisationen untereinander vernetzt.

Das erste Treffen von 13 europäischen und US-amerikanischen Organisationen, die sich für die unternehmerische Freiheit einsetzen, fand 2003 statt. An dem Treffen nahmen die folgenden Organisationen teil:

- Institute for Economic Studies Europe (IES), Paris
- Hayek Institut, Wien
- Lithuanian Free Market Institute, Vilnius
- International Policy Network, London

- Institute for Market Economics, Sofia
- New Economic School of Georgia
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Berlin
- [Atlas Economic Research Foundation](#), Washington
- [Cato Institute](#), Washington
- Heritage Foundation, Washington)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Berlin
- [Liberales Institut Zürich](#)

Quelle: ^[2]

Der [Jahreskongress 2023](#) in Porto wurde von den folgenden Organisationen veranstaltet:

- Institute for Economic Studies Europe (IES), Paris
- Hayek Institut, Wien
- Austrian Economics Center, Wien
- [Europäischer Wirtschaftssenat](#), Brüssel, der Mitglied bei SME Connect ist
- [SME Connect](#), Brüssel
- European Taxpayers Association (TAE), Brüssel, deren Mitglied der [Bund der Steuerzahler](#) ist
- World Taxpayers Association (WTA), deren Mitglieder der [Bund der Steuerzahler](#), das Austrian Economics Center und Americans for Tax Reforms sind
- [Americans for Tax Reforms](#)
- [Kriebel Foundation](#), Denver
- [Geopolitical Intelligence Services AG](#) (GIS), Liechtenstein
- [Liberdade](#)

Kooperationen

Bund der Steuerzahler

Die European Resource Bank veranstaltete gemeinsam mit der [World Taxpayers Association](#) (WTA) und deren Mitglied [Bund der Steuerzahler](#) vom 17. - 20. März 2016 in Berlin eine internationale Konferenz unter dem Motto „Niedrige Steuern und Good Governance Notwendigkeiten in einer unsicheren Welt?!“. ^{[3][4]} Kooperationspartner waren der [Europäische Wirtschaftssenat](#), die [SME Europe](#) (Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei) und [SME Global](#) (Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Internationalen Demokratischen Union).

Im Programm wurde auf die „Individuelle Parallel-Tagung European Resource Bank nur auf Einladung“ am 19. März 2016 verwiesen, auf der Vertreter der World Taxpayers Association (WTA) als Redner auftraten.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Austrian Economics Center European Resource Bank](#), austriancenter.com, abgerufen am 04.12.2021
2. ↑ [What is the European Resource Bank?](#), resourcebank.eu, abgerufen am 10.06.2016
3. ↑ [World Taxpayers Conference](#), taxpayers.events, abgerufen am 11.06.2016
4. ↑ [European Resource Bank Meeting](#), resourcebank.eu, abgerufen am 11.06.2016

Wir Eigentümerunternehmer

Die Verbandsgruppe „Wir Eigentümerunternehmer“ ist eine Interessenvertretung von mittelständischen Unternehmen und Freiberuflern. Die in der Gruppe kooperierenden und personell miteinander verflochtenen drei Vereine sowie die Stiftung „Wir Eigentümerunternehmer“ haben ihren Sitz in München, Edelbergstr. 8. Auf nationaler Ebene ist die Wir Eigentümer-Gruppe Mitglied in der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und im Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, auf europäischer Ebene in der European Small Business Alliance (ESBA)

Wir Eigentümerunternehmer

Rechtsform Verbandsgruppe, bestehend aus 3 eingetragenen Vereinen und einer Stiftung

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung von mittelständischen Unternehmen und Freiberuflern

Gründungsdatum 1991/1994

Hauptsitz München, Edelbergstr. 8

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse [bm-mittelstand.com](#), [umu.de](#), [ewif.de](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligte Vereine	76
1.1 Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM	76
1.2 Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU	76
1.3 Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWiF	77
2 Stiftung Wir Eigentümerunternehmer	77
3 Aktivitäten	77
4 Weiterführende Informationen	78
5 Einzelnachweise	78

Beteiligte Vereine

Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM

Der 1994 gegründete Bundesverband Deutscher Mittelstand (BM) ist ein Dachverband mit 80 Mitgliedern. Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Vorsitzender: UFB-Unternehmensberatung GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx und Florian Sturm)
- Generalsekretär: UMU-Data GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Stellv. Vorsitzender: UMU-UFB-Geschäftsführung GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)
- Hauptgeschäftsführer: VM Verbands-Management GmbH (Geschäftsführer: Johann Stigler)

Das Präsidium besteht aus

- Volker Römermann (Präsident), CSP, Vorstand der Römermann Rechtsanwälte AG
- Dina Treu (Vizepräsidentin)

Vorstandsmitglieder sind: Johann Stigler, Florian Sturm, Rechtsanwalt Peter von Borch, Friedrich Marx

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU

Die Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) hat 1.660 Mitglieder. Sie ist Mitglied im Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft. Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Besonderer Vertreter: Irmgard Scharrer
- Vorstand: UFB-Unternehmensberatung GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Vorstand: UMU-Data GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Vorstand: UMU-UFB Geschäftsführung-GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)

Das Präsidium besteht aus

- Yorck Otto (Präsident), Unternehmensberater, Honorarkonsul von Indonesien^[1]
- Claus Lohse (Vizepräsident)
- Ingo Friedrich (Exekutivpräsident), CSU-Politiker, Vorsitzender des Fachausschusses "Europapolitik" des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied im Parteivorstand der CSU

Vorstandsmitglieder sind: Johann Stigler, Florian Sturm, Rechtsanwalt Peter von Borch, Friedrich Marx

Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWiF

Das 1991 gegründete Europäische Wirtschaftsforum (EWiF) ist ein europäisches Unternehmerforum zur Interessenvertretung für kleine und mittlere Unternehmen bei den EU-Institutionen, dem 100 Mitglieder angehören.^[2] Der Verband hat neben Einzelmitgliedern ebenfalls verschiedene Verbände des Mittelstands als Mitglied und vertritt auch deren Mitgliedsunternehmen. Das EWiF ist Mitglied in der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und der Bundesvereinigung der Dienstleistungswirtschaft sowie der European Small Business Alliance (ESBA).

Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Vorstand: UMU-UFB Geschäftsführung GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)
- Vorstand: VM Verbands-Management GmbH (Geschäftsführer: Johann Stigler)

Das Präsidium besteht aus

- Werner Küsters (Präsident), Präsident des Bundesverbands der Dienstleistungswirtschaft a.D.
- Hans Spitzner (Vizepräsident), ehem. Mitglied des bayerischen Landtags (CDU), Staatssekretär a.D.
- Volker Knittel (Vizepräsident)

Vorstandsmitglieder sind: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch

Stiftung Wir Eigentümerunternehmer

Die [Stiftung](#) setzt sich nach eigenen Angaben dafür ein, "dass die Bedeutung und die Leistung der Eigentümer- und Familienunternehmen in unserer Gesellschaft anerkannt und angemessen gewürdigt werden".^[3] Dem Stiftungszweck dienen u.a. Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung einer unternehmerfreundlichen Steuerpolitik. Organe sind der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand, deren Mitglieder [hier](#) abrufbar sind. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Jürgen Großmann. Dem Stiftungsvorstand gehören Friedrich Marx und Michael Staub an.

Aktivitäten

Die Verbandsgruppe verweist darauf, dass in Gesprächen mit Regierungs- und Parteienvertretern viele Gesetze, die den Mittelstand belastet hätten, verhindert oder abgeschwächt werden konnten.^[4] Der „Arbeitskreis Wirtschaft & Politik“ ist ein Forum, um politische Positionen des Mittelstands zu entwickeln. Zu den Highlights der Aktivitäten gehören die Vergabe von Mittelstandspreisen und die Berufung von "Senatoren".

Der **Bayerische Mittelstandspreis** wird vom Europäischen Wirtschaftsforum e.V., dem Gipelforum und der Hochschule für angewandtes Management (HAM) vergeben.^[5] Die Schirmherrschaft haben Ilse Aigner, MdL (CSU), Präsidentin des Bayerischen Landtags, und Hubert Aiwanger (Freie Wähler), bayerischer Wirtschaftsminister, übernommen. Der **Deutsche Elite-Mittelstandspreis** wurde 1994 ins Leben gerufen und wird jährlich von der Stiftung und der Verbandsgruppe verliehen. Auch der **Europäische Mittelstandspreis** wird jährlich von den vorgenannten Organisationen vergeben. Von ihm gibt es die Kategorien Globalstufe und Kontinentalstufe.

In **den Europäischen Senat** werden nach eigenen Angaben erfolgreiche Persönlichkeiten aus ganz Europa berufen, die sich über Jahre und Jahrzehnte erfolgreich im und für den Mittelstand eingesetzt haben. Die Senatoren werden von den Trägerverbänden des Senates in diesen entsandt und ggf. wieder abberufen. Der Senat trifft sich zu besonderen Anlässen und tauscht sich mit „Größen der Forschung und Wissenschaft, der Medien, der Politik und der Gesellschaft“ über die Herausforderungen der Zeit aus. ^[6] Es gibt Senatoren der Politik, Senatoren der Wirtschaft und Senatoren der Wissenschaft. Die Senatoren sind [hier](#) abrufbar.

Weiterführende Informationen

- [Bundesverband Deutscher Mittelstand](#)
- [Union Mittelständischer Unternehmen](#)
- [Europäisches Wirtschaftsforum](#)
- [Stiftung](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Impressum](#), yorck-otto-gruppe, abgerufen am 06.12.2022
2. ↑ [Profil](#), bayern.landtag.de, abgerufen am 07.12.2022
3. ↑ [Stiftung Wir Eigentümerunternehmer](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 13.12.2022
4. ↑ [Aufgaben](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 06.12.2022
5. ↑ [Der Bayerische Mittelstandspreis](#), der-bayerische-mittelstandspreis.de, abgerufen am 07.12.2022
6. ↑ [Senat](#), ewif.de, abgerufen am 05.12.2022

Stockholm Network

Das **Stockholm Network** war von 1997 – 2009 ein zweitweise aus über 130 wirtschaftsliberalen und marktradikalen **Think Tanks** aus fast 40 Ländern bestehendes Netzwerk mit Sitz in London. Das Netzwerk und seine **Think Tanks** veröffentlichen Tausende von Beiträgen in den europäischen Medien, erstellen Hunderte von Publikationen, veranstalten Konferenzen, Seminare sowie Tagungen und beeinflussen auf diese Weise die europäische Öffentlichkeit. Nach dem Ende des Stockholm Networks haben sich einige Mitglieder zu dem Think-Tank-Netzwerk **EPICENTER** zusammengeschlossen, welches seit Oktober 2014 ähnliche Interessen vertritt wie zuvor das Stockholm Network.

Stockholm Network



Rechtsform	UK limited company
Tätigkeitsbereich	Netzwerk von wirtschaftsliberalen /marktradikalen Denkfabriken
Gründungsdatum	1997
Hauptsitz	35 Britannia Row, London
Lobbybüro EU	
Webadress	stockholm-network.org , nicht mehr aktuell

Inhaltsverzeichnis

1 Strategien und Ziele	79
------------------------------	----

2 Organisationsstruktur und Personal	79
2.1 Führungspersonal	79
2.2 Mitglieder	80
3 Sponsoren	80
4 Weiterführende Informationen	80
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	81
6 Einzelnachweise	81

Strategien und Ziele

Das Netzwerk versuchte über die Publikation von gezielten Forschungsergebnissen Einfluss auf die öffentliche und politische Debatte zu nehmen und sie zugunsten wirtschaftsliberaler und marktradikaler Positionen zu lenken. Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen bot außerdem die Möglichkeit, Netzwerke mit hochrangigen europäischen Politikern und Meinungsbildnern zu knüpfen. Veranstaltungsteilnehmer waren u.a.: Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Bill Emmott, ehem. Herausgeber von "The Economist" und Frits Bolkestein, ehem. EU-Kommissar für den Binnenmarkt.

Das Netzwerk beschäftigte sich mit den folgenden Programmen:

- Reform des europäischen Wohlfahrtsstaats
- Modernisierung des europäischen Rentensystems
- Reform des europäischen Gesundheitssystems
- Reform der europäischen Energiemärkte
- Hervorhebung des Nutzens von Globalisierung, Handel und Wettbewerb und Schaffung eines Verständnisses für die Idee einer freien Marktwirtschaft

Nach eigenen Angaben haben die Sponsoren kein Vetorecht hinsichtlich der Ergebnisse einzelner Projekte.

Organisationsstruktur und Personal

Führungspersonal

Vorsitzende und Gründerin

- **Helen Disney**, Journalistin
 - ehem. Stellv. Vorsitzende des Think Tanks **Social Market Foundation**
 - Mitglied des Beirats der Think Tanks **Centre for Medicine in the Public Interest** (CMPI)

Forschungsdirektor und Leiter des Programms für Geistiges Eigentum und Wettbewerb

- **Meir Pugatch**, Berater
 - Gründer von Pugatch Consilium
 - Professor an der Universität von Haifa/Israel und Co-Vorsitzender der Abteilung für Management und Verwaltung an der School of Public Health
 - Mitglied der Beratergruppe des Europäischen Patentamts
 - Berater bei den Denkfabriken **Timbro** und **International Political Economy** (ECIPE)

Mitglieder

Da das Stockholm Network nicht mehr aktiv ist, lassen sich Mitgliederlisten, etwa über die Webseite, nicht mehr einsehen. Eine Mitgliederliste von Winter 2004/2005 mit 123 Think Tanks ist jedoch [hier](#) archiviert.

Mitglieder mit Sitz in Deutschland:

- [Council on Public Policy](#)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) (nach Angaben der INSM gibt es nur einen Linktausch)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Sprecher des "Kronberger Kreises": [Lars P. Feld](#), Regierungsberater)

Sponsoren

Das Netzwerk wird von Einzelpersonen, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und wirtschaftsnahen Stiftungen gesponsert. Zu den Sponsoren gehören auch Lobbyagenturen wie [Burson-Marsteller](#) oder [Hill & Knowlton](#).

Zu den Sponsoren wird auf der Webseite auf die Geschäftsberichte des Netzwerks verwiesen. Der neueste abrufbare Geschäftsbericht bezieht sich auf den Zeitraum 2007/2008. Die dort genannten Sponsoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Adam Smith Institute](#)
- [Amazon EU](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Cato Institute](#)
- The Economist
- [Exxon Mobil Corporation](#)
- [Glaxo SmithKline](#)
- [Hill & Knowlton](#)
- [Merck](#)
- The Merck Foundation
- [Microsoft](#)
- Motion Pictures Association
- [Novartis International](#)
- Nuffield Hospitals
- [Pfizer Inc.](#)
- [Schering Plough AB](#)
- Wall Street Journal Europe

Zur Höhe der Spenden macht das Netzwerk keine Angaben.

Weiterführende Informationen

- [Darstellung von "Stockholm Network" bei powerbase](#)

- „Covert industry funding fuels the expansion of radical rightwing EU think tanks“ von Corporate Europe Observatory von Juli 2005, abgerufen am 24.06.2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

Atlas Economic Research Foundation

Weiterleitung nach:

- [Atlas Network](#)

Heartland Institute

Das **Heartland Institute** (Heartland) gilt als die weltweit bedeutendste Organisation, die den menschengemachten Klimawandel leugnet. Es versteht sich als eine der unternehmerischen Freiheit verpflichtete Denkfabrik, die marktwirtschaftliche Lösungen für politische und wirtschaftliche Probleme entwickelt und fördert. Heartland geht es im Kern darum, über eine Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern, der Presse und der breiten Öffentlichkeit ein Meinungsklima zu schaffen, das die Schaffung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen erleichtert. Hinzu kommen direkte Kontakte zu Parlamentariern und Vertretern von Regierungsinstitutionen. Die vorgeschlagenen Lösungen sehen meist den Abbau von Regelungen zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit, der Verbraucher und der Arbeitnehmer sowie Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener vor. Laut [Jahresbericht 2018](#) war der Wahlsieg von Trump „good news“ für die Anhänger der Freiheit. Aber Präsident Trump und Tausende marktorientierter Vertreter der Legislative benötigten Hilfe bei der Formulierung und Artikulierung einer „Freier-Markt-Agenda“, über deren nötige Kenntnisse die Experten von Heartland verfügten.

The Heartland Institute

Rechtsform non-profit organization

Tätigkeitsbereiche Konservativ-libertäre Denkfabrik, die Politik und öffentliche Meinung im Sinne ihrer wirtschaftsnahen Spender beeinflusst

Gründung 1984

Hauptsitz Arlington Heights, Illinois/USA

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.heartland.org

Inhaltsverzeichnis

1 Budget, Spenden und der Einfluss der Spender	82
--	----

2 Tätigkeitsgebiete	83
3 Beeinflussung von Politik und Öffentlichkeit	83
4 Aktivitäten im Bereich Klimawandel/Umweltschutz	83
5 Nahestehende Organisationen	84
5.1 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	84
5.2 Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT)	84
5.3 International Climate Science Coalition	85
5.4 Atlas Network	85
5.5 State Policy Network	85
5.6 Polnische Gewerkschaft Solidarnoczn	85
6 Mitarbeiter, Direktorium und Politik-Experten	85
7 Weiterführende Informationen	85
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	86
9 Einzelnachweise	86

Budget, Spenden und der Einfluss der Spender

Heartland betont seine Unabhängigkeit von den Spendern. Es liegt jedoch auf der Hand, dass Unternehmen, Unternehmer sowie deren Stiftungen in der Erwartung spenden, dass ihre wirtschaftlichen Interessen wahrgenommen werden. Werden diese Erwartungen enttäuscht, gehen die Spenden zurück und die Existenz der Organisation ist gefährdet. Der Einfluss der Spender wird in den "Policies Regarding Donors and Lobbying" sogar ausdrücklich erwähnt.^[1] So reagiert Heartland gelegentlich auf die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen („requests for proposals“, abgekürzt „RFP“) von Spendern zu Forschungsthemen, bei denen Heartland sachverständig ist. Spender können sich auf Anfrage auch an der Überprüfung der Forschung beteiligen, deren Finanzierung sie unterstützen. Als Gefälligkeit gegenüber den Spendern erhalten diese vorab Kopien der Studien, zu deren Finanzierung sie einen Beitrag leisten. Heartland fragt die Spender oft um Rat, welche Zielgruppe in der Werbekampagne angesprochen werden soll.

Eine Undercover-Recherche des Recherchezentrums „Correctiv“ und des ZDF-Magazins „Frontal 21“ zeigt, wie Heartland Leugner des Klimawandels unterstützt, um Maßnahmen zum Klimaschutz in Deutschland zu untergraben.^[2] In diesem Zusammenhang bietet Heartland-Chefstrategie Taylor auch eine Zusammenarbeit mit dem Heartland-Partner [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) an. Eine deutsche, AfD-nahe Youtuberin soll genutzt werden, um „die Jugend“ zu erreichen. Taylor habe erklärt, wie er gegen Geld Themen setzen könne und wie Spenden verschleiert werden könnten - etwa über die Stiftungen [Donors Trust](#) oder [Donors Capital Fund](#), die Spendengelder von Unternehmen an marktliberale Denkfabriken weiterverteilen und als [Donor-Advised-Funds](#) ihren Spendern Anonymität gewähren.^[3] Erwähnt worden sei auch der [National Philanthropic Trust](#), der sich darauf spezialisiert hat, [Donor-Advised-Funds](#) anzubieten. Die Gebühren sollten laut Taylor ein Prozent der gespendeten Summe betragen, Abbuchung vierteljährlich.

Im Jahr 2019 hatte Heartland Gesamteinnahmen in Höhe von ca. 4,6 Mio. Dollar. Davon entfielen auf Stiftungen 67 %, Einzelspender 27 % und Unternehmen 5 %.^[4] Bis 2013 veröffentlichte Heartland eine vollständige Liste der Spender aus dem Bereich Stiftungen und Unternehmen.^[5] [DeSmogBlog](#) ermittelt laufend Spender und Höhe der Spenden von Heartland und anderen Organisationen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Weitere Informationen zu Spendern gibt es bei [Conservative](#)

Transparency. Danach waren zunächst Philipp Morris und dann ExxonMobil über Jahre hinweg wichtige Sponsoren. Hauptspender im Zeitraum 2009 - 2013 (dem letzten Jahr, in dem Heartland seine Spender nannte) waren die folgenden Stiftungen: [Donors Capital Fund](#) (einer ihrer Spender ist die [Charles G. Koch Foundation](#)), The Mercer Family Foundation (Vorsitzender: Hedgefonds-Manager und Trump-Förderer [Robert Mercer](#)) und die Dunn's Foundation for the Advancement of Right Thinking (Vorsitzender: Investmentbanker [William A. Dunn](#)). ^[6]

Aus den Akten des 2019 bankrott gegangenen Kohle Konzerns Murray Energy ging hervor, dass dessen Eigentümer, der Klimaleugner Robert Murray, 130 Tsd. Dollar an Heartland sowie weitere hohe Beträge an andere Organisationen wie das [Cato Institute](#) und das [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) gespendet hat. ^[7] Diese sind ebenfalls dafür bekannt, den menschengemachten Klimawandel zu leugnen.

Tätigkeitsgebiete

Heartland betätigt sich in den folgenden [Bereichen](#): Alcohol & Tobacco, Climate Change, Constitutional Reform, Criminal Justice, Education, Employment, Energy, Entitlements, Environment, Fire ("finance, insurance, and real estate"), Government & Politics, Government Spending, Health Care, Immigration, Infotech & Telecom, Law, Regulation, Taxes, Transportation.

Zu Beginn seiner Aktivitäten stellte Heartland im Interesse des Großspenders Philipp Morris den Zusammenhang zwischen Passivrauchen und Lungenkrebs in Frage. ^[8] Seit einigen Jahren liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten in der Leugnung des menschengemachten Klimawandels. In geringem Umfang betätigt sich Heartland auch im Bereich der klassischen Lobbyarbeit. ^[9]

Beeinflussung von Politik und Öffentlichkeit

Nov. 2021: Das Heartland Institute auf der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26)

Im Rahmen der 26th UN Climate Change Conference of the Parties (COP 26), die vom 31.10.-13.11 2021 in Glasgow stattfand, hat das Institute eine 2-tägige Veranstaltung durchgeführt. Die Vorträge der Referent:innen wurden gestreamt und sind einzusehen ^[10]

Laut Jahresbericht 2018 hat Heartland 35 Bücher und Hunderte von Policy Studies, Policy Briefs und Broschüren veröffentlicht. Heartland betreibt über ein Dutzend Websites und eine Suchmaschine mit dem Namen „Policy Bot“, ist in den sozialen Medien präsent, überträgt Livestreams über seine You Tube Seite und verfügt über die Fernsehstation „Heartland TV“. 2017 kontaktierte Heartland fast 1 Million US-amerikanische Mandatsträger („elected officials“). Auf die Medien wirkt Heartland über Presseerklärungen und "Letters to the Editor" ein. Darüber hinaus vermittelt Heartland Referenten aus dem Pool seiner etwa 500 [Politik-Experten](#), zu denen auch [Fred S. Singer](#) gehört, der von Heartland für seine klimaleugnenden Stellungnahmen zeitweise 5000 Dollar pro Monat erhielt.

Aktivitäten im Bereich Klimawandel/Umweltschutz

Heartland leugnet/bestreitet den menschengemachten Klimawandel, diffamiert Umweltschutzmaßnahmen, beteiligt sich an Kampagnen gegen regenerative Energien und hält Kohlekraftwerke für unverzichtbar. Heartland wirbt Spenden der Industrie ein, um damit Internetblogs und scheinbar neutrale Organisationen für die Verbreitung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren. ^{[11][12]} Heartland organisiert seit 2008 die jährlichen [International Conferences on Climate Change](#) als Projekt des Arthur B. Robinson Center on Climate and Environmental Policy, dessen Direktor James Taylor ist. Heartland beteiligte sich am

[Nongovernmental International Panel on Climate Change](#) (NIPCC), das gegründet wurde, um die offiziellen Berichte des Weltklimarats „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) zu untergraben. In diesem Zusammenhang hält Heartland jährlich Konferenzen ab, die speziell gegen den IPPC gerichtet sind. Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 03.12.2019 parallel zum Uno-Umweltgipfel in Madrid, die von Heartland, der [International Climate Science Coalition](#), der deutschen Klimaleugner-Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) und dem [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) gemeinsam organisiert wurde.^[13] Zu den Rednern gehöre auch der ehem. Trump-Berater William Happer, Mitgründer und Direktor der [CO2-Coalition](#).^[14] Darüber hinaus produziert Heartland eine Vielzahl von Politik-Studien, Videos, die Environmental & Climate News sowie wöchentliche e-newsletter und organisiert sonstige Veranstaltungen. Im Jahresbericht 2018 wird stolz darauf hingewiesen, dass Heartland 2012 im „The Economist“ als weltweit bedeutendste Denkfabrik, die Zweifel am menschengemachten Klimawandel schürt, bezeichnet wurde.

Der Einfluss von Heartland auf die Umstrukturierung der US-Umweltsschutzbehörde "Environmental Protection Agency" (EPA) unter Trump und den Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen sind [hier](#) abrufbar. 2019 wurde der ehemalige Kohlelobbyist Andrew Wheeler neuer Direktor der EPA.^[15] Zu den Politik-Experten von Heartland gehört auch Indur Goklany, nach dem Amtsantritt von Trump steil beförderter Mitarbeiter des US-Innenministeriums, der nach einem Bericht der New York Times Wissenschaftler dazu gedrängt hat, in Wissenschaftliche Studien des Ministeriums unzutreffende Ausführungen zum Klimawandel aufzunehmen.^{[16][17]}

Nahestehende Organisationen

[Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#)

Holger Thuß, Präsident des Klimaleugner-Instituts [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), ist politischer Berater von Heartland.^[18] Heartland beteiligt sich seit Jahren an den von EIKE organisierten Internationalen Klima- und Energiekonferenzen über die Entsendung von Referenten. Jüngste Beispiele sind die 12. und die 13. Klima - und Energiekonferenz jeweils mit James Taylor von Heartland als Referenten. Repräsentanten von EIKE waren ihrerseits Redner auf Konferenzen von Heartland. Am 03.12.2019 veranstalteten Heartland, EIKE, die [International Climate Science Coalition](#) und das [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) parallel zum Uno-Umweltgipfel in Madrid eine Konferenz zum Thema „Rebutting the United Nations’ Climate Delusion“. ^[19] Eine entsprechende Konferenz gab es am 04.12.2018 in Kattowice mit Heartland und EIKE als Veranstalter.^[20] Eine Übersicht über die Kooperationen findet sich [hier](#).

[Committee for a Constructive Tomorrow \(CFACT\)](#)

CFACT organisiert mit Heartland gemeinsame Veranstaltungen. Mitwirkender bei Kooperationen ist insbesondere Marc Morano, Director of Communications bei CFACT, als Referent bei Veranstaltungen sowie Autor von Artikeln und Publikationen bei Heartland.^[21] Paul Driessen ist Senior Political Advisor bei Heartland und bei CFACT.^{[22][23]} CFACT Europe war bis zu seiner Auflösung Mitglied der [Europäischen Plattform gegen Windkraftanlagen](#)

International Climate Science Coalition

2020 unterstützte Heartland das kanadische Klimaleugner-Institut [International Climate Science Coalition](#) (ICSC) sowie Klima-Experten imit 27.500 US Dollar.^[24] Tom Harris, Direktor der ICSC, ist Policy Expert von Heartland; Jay Lehr, Senior Policy Advisor der ICSC, ist ehem. Wissenschaftlicher Direktor von Heartland^[25]

Atlas Network

Heartland gehört dem Atlas-Network an.^[26]

State Policy Network

Heartland ist assoziiertes Mitglied des State Policy Network, der Dachorganisation konservativer und libertärer Denkfabriken, das die Aktivitäten der Mitglieder in den US-Bundesstaaten koordiniert.^[27]

Polnische Gewerkschaft Solidarnocz

Heartland unterzeichnete im Dezember 2018 eine Kooperation mit der polnischen Kohle-Gewerkschaft Solidarnocz, um diese im Kampf gegen einen europäischen Kohleausstieg zu unterstützen.^[28]

Mitarbeiter, Direktorium und Politik-Experten

Heartland beschäftigt 39 Vollzeitkräfte und wird von einem 12-köpfigen Direktorium geleitet.^[29] Als Politikberater sind etwa 500 Akademiker und Ökonomen tätig. Weiterhin gibt es 33 „Senior Fellows“.

Die Mitarbeiter sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Frank Lasée, Präsident
- James Taylor, Direktor des institutseigenen „Arthur B. Robinson Center for Climate and Environmental Policy“, publiziert in nahezu jeder größeren Zeitung in den USA und referiert bei Veranstaltungen einer Vielzahl von wirtschaftsnahen und libertären Organisationen, u. a. bei EIKE^[30]

Die Mitglieder des Direktoriums ("Board of Directors") sind [hier](#) abrufbar.

Die Politik-Experten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Peter Cook, Präsident von [Petroleum Connection](#)
- Holger J. Thuss, Präsident von EIKE
- Gerd-Reiner Weber (langjährig tätig für den Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus)^[31]
- Paul Driessen, Senior Policy Advisor von CFACT
- Tom Harris, Direktor der International Climate Science Coalition (ICSC)

Weiterführende Informationen

- [Das Heartland Institute: Wie US-Klimaleugner Politik in Europa machen, 04.02.2020](#)
- [Die Heartland Lobby - Recherche von CORRECTIV und Frontal21, 04.02.2020](#)

- Götze, Susanne u. Joeres, Annika: Die Klimaschmutzlobby, München 2020
- [DeSmogBlog](#)
- [Heartland Institute wikiwand](#)
- [Conservative Transparency](#)
- [Who is Paying For Heartland Institute Climate Denial-Palooza? Climate Investigations Center, 24. März 2017](#)
- [Heartland Institute Greenpeace](#)
- [History of The Heartland Institute, Verfasser: Joseph Bast, Ex-Präsident von Heartland, October 2019](#)
- [klimafakten.de](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Policies Regarding Donors and Lobbying](#), heartland.org, abgerufen am 27.01.2020
2. ↑ [Die Heartland Lobby](#), correctiv.org vom 05.02.2020, abgerufen am 06.02.2020
3. ↑ [Maximise Your Charitable Impact](#), nptuk.org, abgerufen am 07.02.2020
4. ↑ [Funding](#), heartland.org, abgerufen am 05.04.2021
5. ↑ [Why doesn't Heartland reveal the identities of its Donors?](#), heartland.org, abgerufen am 24.01.2020
6. ↑ [Conservative Transparency](#), abgerufen am 25.01.2020
7. ↑ [A Coal Baron Funded Climate Denials als His Company Spiraled Into Bankruptcy](#), nytimes vom 17.12.2019, abgerufen am 24.01.2020
8. ↑ [Welcome to Heartland's Smoker Lounge](#), heartland.org vom 20.04.2007, abgerufen am 25.01.2020
9. ↑ [Policies regarding Donors and Lobbying](#), heartland.org, abgerufen am 14.01.2020
10. ↑ [Video-Vorträge, Heartland auf der COP 26](#), abgerufen am 29.12.2021
11. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 105
12. ↑ [Dealing in Doubt The Climate Denials Machine Vs Climate Science](#), Greenpeace USA, September 2013
13. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
14. ↑ [White House](#), eenews.net vom 04.12.2019, abgerufen am 24.01.2020
15. ↑ [US-Senat bestätigt neuen Chef der US-Umweltbehörde](#), zeit.de vom 28.02.2019, abgerufen am 10.02.2020
16. ↑ [Indur Goklany](#), heartland.org, abgerufen am 25.05.2020
17. ↑ [A Trump Insider Embeds Climate Denial in Scientific Research](#), nytimes.com vom 02.03.2020
18. ↑ [About Us Policy Experts](#), heartland.org, abgerufen am 20.01.2020
19. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
20. ↑ [Presseerklärung vom 15.11.2018](#), abgerufen am 23.01.2020
21. ↑ [Search Results](#), heartland.org, abgerufen am 26.01.2020
22. ↑ [About Paul Driessen](#), cfacft.org, abgerufen am 26.01.2020
23. ↑ [Paul Driessen](#), heartland.org, abgerufen am 26.01.2020

24. ↑ [Form 990 Return of Organization Exempt From Income Tax 2020](#), heartland.org, abgerufen am 14.11.2021
25. ↑ Webseiten von Heartland und ICSC, abgerufen am 14.12.2021
26. ↑ [Partners](#), atlasnetwork.org, abgerufen am 26.01.2020
27. ↑ [Associates](#), sopn.org, abgerufen am 26.01.2020
28. ↑ [Die Zerstörer aus Übersee](#), spiegel.de vom 18.12.2019, abgerufen am 10.02.2020
29. ↑ [About Us](#), heartland.org, abgerufen am 23.01.2020
30. ↑ [James Taylor](#), heartland.org, abgerufen am 23.01.2020
31. ↑ [Deutsche Medien betreiben Desinformation](#), faz.net vom 31.08.2007, abgerufen am 23.01.2020